

# AUFTRAG

ISSN 1866-0843

**VERBANDSZEITSCHRIFT**

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

**03.2021 | Heft 310**

Interview

Wohin steuert die  
katholische Kirche, Herr  
Prof. Dr. Sternberg?

## Wir hatten die Wahl!

Erich Vad:

Angela Merkel  
und das Dilemma  
deutscher  
Sicherheitspolitik

S. 22

GKS-Mitglieder erzählen:

Vor mir die Flut  
Zur Flutkatastrophe  
im Ahrtal

S. 33

Andreas Lob-Hüdepohl:

Sich gegen COVID-19  
impfen lassen –  
eine Christenpflicht?!

S. 40

# SAVE THE DATE

## 12.01.2022

Auch im Jahr 2022 bieten wir zu den unterschiedlichsten Themen via Zoom digitale GKS-Abende an. Den Anfang macht Oberst i.G. Dr. Burkhard Köster, Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken (ZdK), Delegierter beim Synodalen Weg und dort im Synodalforum „Frauen in Diensten und Ämtern in der Kirche“ engagiert.

**Oberst i.G. Dr. Burkhard Köster wird seine Zwischenbilanz zum Synodalen Weg vorstellen.**

Nach mehr als zwei Jahren ist es Zeit, einen genaueren Blick auf das bis jetzt Erreichte zu werfen. Und dies nicht nur mit Blick auf die deutsche Kirche, sondern auch mit Blick auf die Weltkirche, denn Papst Franziskus hat für 2023 eine Bischofssynode ausgerufen, die sich mit der gelebten Synodalität der Kirche auseinandersetzen wird. Wo steht die Kirche in Deutschland bei den angestoßenen Diskussionsthemen? Welche Ergebnisse und Kompromisse sind vorstellbar? Wie wird es weitergehen? Zu diesen und vielen anderen Fragen werden wir zusammen mit dem Referenten ins Gespräch kommen.



Anmeldung ab sofort und weitere Fragen unter:  
[gks-online@kath-soldaten.de](mailto:gks-online@kath-soldaten.de)

# Editorial

Flutkatastrophe:

„Die entstandenen Schäden werden die betroffenen Regionen noch lange Zeit beschäftigen.“

Beim Schreiben dieses Editorials liegt die Bundestagswahl bereits einige Wochen hinter uns. Nach 16 Jahren Regierungsbeteiligung wurde die CDU durch die Wählerinnen und Wähler in die Opposition geschickt. Diese Entwicklung hat sicherlich viele Gründe, gehört aber, so schwer das für die Wahlverliererinnen und -verlierer zu akzeptieren ist, zur Demokratie dazu. Mit dieser Bundestagswahl ging aber auch die Ära Angela Merkel zu Ende. Man kann über die Arbeit von Angela Merkel geteilter Meinung sein. Ihr Ausscheiden aus der aktiven Politik bedeutet jedoch für unser Land, Europa und die gesamte Welt einen Einschnitt, den wir in den kommenden Monaten an vielen Stellen spüren werden. Das ist der Grund, weshalb wir im AUFTRAG noch mal auf die Zeit von Angela Merkel als Bundeskanzlerin zurückblicken, insbesondere auf ihre Verteidigungspolitik. Neben einem Rückblick darf an dieser Stelle aber auch ein Ausblick auf die kommenden Jahre nicht fehlen. Die Ampelkoalition wird sicherlich an einigen Stellen ihre eigenen Duftmarken setzen wollen und politische Grundausrichtungen daher anpassen.

Eine personelle Veränderung stand auch in der Leitung des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK) an. Prof. Dr. Sternberg trat nicht zur Wiederwahl an, sodass kurz vor dem Erscheinen dieser Ausgabe eine neue Führungsspitze gewählt wurde. Der Schritt von Prof. Dr. Sternberg war sicherlich wohlüberlegt, traf aber aufgrund des laufenden synodalen Weges nicht überall auf Zustimmung. Wir haben in dieser Ausgabe die Chance genutzt, mit Prof. Dr. Sternberg über seine Amtszeit als Präsident des ZdK zu sprechen.



Foto: Andreas Quirin

Andreas Quirin  
Stabshauptmann und Bundesvorsitzender der GKS

Auch wenn wir es alle so nicht gehofft haben, hat die Corona-Pandemie unser Leben wieder fester im Griff. Die Infektionszahlen explodieren und die Diskussionen über Einschränkungen für Ungeimpfte oder eine Impfpflicht werden an vielen Stellen lauter. Dies war für uns der Anlass, zu fragen, ob es für den Christen eine Selbstverständlichkeit sein muss, sich impfen zu lassen, um damit Schaden von seinen Mitmenschen abzuwenden.

Die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist in der Zwischenzeit vielerorts aus der täglichen Berichterstattung verschwunden. Für die Betroffenen sind die Auswirkungen im täglichen Leben zu spüren. Die entstandenen Schäden werden die betroffenen Regionen noch lange Zeit beschäftigen. Auch aus dem Kreis der GKS waren Mitglieder von der Flutkatastrophe betroffen oder als Helfer im Einsatz. Es war uns daher wichtig, dieses Thema in dieser Ausgabe aufzugreifen, um über die Erlebnisse aus unterschiedlichen Perspektiven zu berichten. Wie immer in der letzten Ausgabe eines Jahres möchte ich dieses Editorial auch dazu nutzen, Ihnen und Ihren Angehörigen ein friedvolles, besinnliches und vor allem gesundes Weihnachtsfest sowie einen guten Start in das Jahr 2022 zu wünschen. Viele Aufgaben werden auch im kommenden Jahr vor uns liegen, bei denen ich auf Ihre Unterstützung hoffe. ■

Ihr Andreas Quirin



INTERVIEW  
**„Ich bin mit einem  
beklommenen Gefühl nach  
Frankfurt gefahren“**

14

### GKS-Meldungen

**06 Aktuelle Meldungen** aus dem  
Verbandsleben der GKS

### Titelthemen

- 14 Interview:** Wohin steuert die katholische Kirche?
- 22** Angela Merkel und das Dilemma der  
deutschen Sicherheitspolitik
- 30** Warum Sicherheitspolitik und Koalitionsver-  
handlungen viel mit politischer Bildung zu  
tun haben
- 34** GKS-Mitglieder inmitten der  
Hochwasserkatastrophe
- 38** Militärseelsorge im Fluthilfeinsatz im Ahrtal
- 40** Sich gegen COVID-19 impfen lassen –  
eine Christenpflicht?!
- 46 Auswertung** Fragebogen zum AUFTRAG

### Weitere Rubriken

- 3** Editorial
- 12** Wort des Geistlichen Beirats
- 44** Medien/Buchempfehlung
- 47** Vorschau/Impressum



**16 Jahre Kanzlerin**  
Angela Merkel und das  
Dilemma deutscher  
Sicherheitspolitik

22



**Vor mir die Flut**  
Michael Wilke und Rüdiger  
Attermeyer erlebten die Kata-  
strophe hautnah und teilten  
mit uns ihre Erfahrungen

34



## Restart der GKS-Präsenzveranstaltungen nach langer, erzwungener Coronapause

„Endlich. Es kann wieder losgehen.“ Diesen Satz konnte man überall in den Kreisen hören. Nach 18 Monaten erzwungener Pause, in denen 34 Wochenendveranstaltungen, viele Halbtagsveranstaltungen und manches „Schmankerl“, das die Kreise, Sachausschüsse oder die Bundesebene mit großem Engagement für ihre Mitglieder vorbereitet hatten, coronabedingt ausfallen mussten, konnten die ersten Veranstaltungen wieder in Präsenz stattfinden.

„Meinst du wirklich, dass das was wird?“ Diese Frage stellten sich alle Verantwortlichen, denn auch in den vergangenen Monaten hatte es immer wieder Anläufe gegeben, eine Präsenzveranstaltung durchzuführen, die dann kurzfristig pandemiegeschuldet abgesagt werden musste.

„Wer plant, dem kann es passieren, dass es nicht stattfindet, wer nicht plant, der weiß, dass nichts stattfindet!“ Diese Abwandlung eines Kampfsatzes der Arbeiterbewegung wurde in den letzten Monaten zum Leitsatz und zum Antrieb. Auf allen Ebenen wurde und wird geplant, wird der „Betrieb“ von digital oder schriftlich auf Präsenz und echte Begegnung umgestellt und dies mit großem Engagement und viel Freude, trotz aller Unsicherheit.



Der Bereichsvorsitzende Süd, Marcel Rost, begrüßt herzlich den neuen Kreisvorsitzenden Veitshöchheim, Michael Niedermeier, und wünscht zum Amtsantritt alles Gute.

## MELDUNGEN aus dem Verbandsleben

Texte: GKS-Redaktion  
Fotos: GKS

### Bereichskonferenz Süd

Am ersten Wochenende im Oktober 2021 startete die Bereichskonferenz Süd, traditionell im Allgäuhaus in Wertach. Der Vorsitzende begann die Konferenz mit einem Zitat, in dem er den Fokus auf die Art und Weise und den Grund unseres Handelns richtete und ein Thema, das in gesellschaftlichen und politischen Diskussionen in der Zeit der Pandemie an großer Bedeutung gewonnen hat und höchst kontrovers diskutiert wird, aufnahm: „**Freiheit heißt nicht, dass ich tun und lassen kann, was ich will, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Christliche Freiheit heißt: Rücksicht auf andere zu nehmen, Verantwortung für andere, gerade für die Schwächsten.**“ (Jean-Jacques Rousseau)

Die Agenda für das Wochenende war gut gefüllt. Von Berichten aus den Kreisen und Diözesanräten, der Auswertung der vergangenen Bundesvorstandssitzung, dem Rückblick auf die vergangenen Monate, dem Austausch zu den Zielen für die nächsten Monate und zu Veränderungen in der Struktur der Militärseelsorge und den Auswirkungen auf die GKS war alles dabei. Und natürlich fehlte auch der Blick in die Zukunft und damit auf die anstehenden Veranstaltungen in der GKS Süd nicht. Am Samstagmorgen waren beim Morgenlob die Gedanken und das Gebet bei den Kameradinnen und Kameraden sowie Familienangehörigen der Hochwasserkatastrophe des GKS-Bereichs West.



Traditionsgemäß versammelten sich die Teilnehmenden des TWE des Kreises Amberg zum „Familienfoto“ wenn auch mit Corona-Abstand.

### Mut zum Aufbruch Themenwochenende der GKS Amberg

Nach der coronabedingten Pause im Jahr 2020 fand das langerwartete Themenwochenende des Kreises Amberg im Kolping-Haus Bayerischer Wald statt und stand unter dem Thema „Mut zum Aufbruch“. Am Wochenende nahmen 15 Familien, insgesamt 48 Personen, davon 21 Kinder, teil. **Mut zum Aufbruch** in die Nach-Corona-Zeit, in Kirche und GKS sowie Aufbruch in der Bundeswehr. Dies bedeutet Veränderung und Abschiednehmen von Gewohntem und Bekanntem. Es bedeutet aktiv werden, sich ins Ungewisse wagen. Aufbruch ist stets eine Herausforderung, braucht Kraft und Mut und geht gemeinsam leichter.

Von links:  
Militärdekan  
Jürgen Eckert,  
Bereichsvorsitzender  
der Marcel Rost,  
Referent  
Dr. Martin Pabst,  
Kreisvorsitzender  
Ingolstadt  
Hermann Hofer



### Der Nahe und Mittlere Osten in Schönstatt auf'm Berg

Der Kreis Ingolstadt lud im Juli ins Haus der Familie nach Schönstatt auf'm Berg bei Waltenhofen-Memhölz unter dem Thema „Nahe und Mittlerer Osten“ ein. Über 30 teilnehmende Soldatinnen und Soldaten, Ehemalige und Familienangehörige aus den Bundeswehrstandorten Ingolstadt, Manching, Neuburg, Roth, München und Ulm folgten der Einladung. Der Referent Dr. Martin Pabst stellte mithilfe seines Erfahrungsschatzes und seines Fachwissens die Zusammenhänge im Nahen und Mittleren Osten dar. Als Stabsoffizier der Reserve konnte er zudem die Relevanz der Vorgänge in der Region für die Bundeswehr auch im Hinblick auf ein mögliches künftig neues Einsatzgebiet herausarbeiten.



## Frieden braucht Mut

Themenwochenende des Kreises  
Stetten/Meßstetten/Sigmaringen



Reinhard Kießner  
als Referent

„Frieden braucht Mut“ war das Thema des Themenwochenendes des Kreises Stetten/Meßstetten/Sigmaringen, das im September in Pfronten stattfand. Reinhard Kießner brachte das Thema aus seiner Arbeit im Landeskomitee in Bayern mit und stand als Referent zur Verfügung. Nach einer theoretischen Einführung ging es an die praktische Umsetzung. Am Beispiel Afghanistan gingen die Teilnehmenden der Frage nach, wie Frieden in diesem so zerrissenen Land möglich werden könnte und welche Beiträge dafür von außen geleistet werden könnten, aber auch müssten.



Der alte (rechts) und der neue (links) Kreisvorsitzende,  
Michael Niedermeier bei der offiziellen Amtsübergabe

## Kreis Veitshöchheim: Wir haben einen neuen Kreisvorsitzenden!

Hauptmann Matthias Hüttl gab nach fünf Jahren das Amt des Kreisvorsitzenden ab. Bereits vor zwei Jahren war er nach Hammelburg versetzt worden und führte den Kreis seitdem aus der Ferne. Mit Stabsfeldwebel Michael Niedermeier wurde ein würdiger Nachfolger gefunden, der nach seiner einstimmigen Wahl dieses Amt gern antrat.

*Ein herzliches Dankeschön an Matthias Hüttl und Michael Niedermeier! Allzeit Gottes Segen und eine glückliche Hand in seiner wichtigen Aufgabe!*



Erste Wochenendtagung  
des Sachausschusses  
„Sicherheit und Frieden“  
im Offizierheim Fürsten-  
feldbruck nach langer  
Coronapause

## Startschuss im Offizierheim Fursty Neues aus den Sachausschüssen

Der Sachausschuss Sicherheit und Frieden tagte im Oktober im Offizierheim der OHG Fürstenfeldbruck. Wie bereits 2019 konnten Monsieur Benoit Schneider vom Französischen Generalkonsulat München und der französische Verbindungsoffizier der OSLw, Lieutenant Colonel Christophe Desgardin, über die Fortschritte bei der Implementierung des Service National Universel (SNU) berichten, einem nationalen Gesellschaftsdienst, der den sozialen Zusammenhalt in der französischen Gesellschaft stärken soll. Die GKS hatte zuvor im politischen Berlin ihre Ideen für einen europäischen Friedensdienst für junge Menschen vorgestellt. An der Veranstaltung nahmen neben den Mitgliedern des Sachausschusses auch Vertreter des GKS-Kreises sowie des Vorstandes des Reservistenverbands Bezirksgruppe Oberbayern und Vertreter der örtlichen Politik teil. Am Mittag war man sich durchaus einig, **dass man sich im Sommer 2022 eine entsprechende zweiwöchige Initiativwoche für junge Franzosen und Deutsche auch in FFB vorstellen könnte.** Zu gegebener Zeit berichten wir mehr darüber!

## 360 Grad – Sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland

Anfang Oktober startete die GKS mit einem neuen Veranstaltungsformat, kurz „U 30 Seminar“ genannt. Ziel ist es, mit diesem Seminar das Interesse jüngerer Soldatinnen und Soldaten an den Themen und der Arbeit der GKS zu wecken. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, OTL Gerd Friedrich, organisierte in diesem Sinn ein thematisch dichtes und arbeitsintensives sicherheitspolitisches Seminar zu den aktuellen Herausforderungen für Deutschland als Einzelstaat, als Mitglied in der EU und auch in der NATO. Neben dieser inhaltlichen Arbeit blieb noch Zeit für Begegnungen, wobei auch die Begegnung mit der Stadtkultur nicht zu kurz kamen. Das positive Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihre Frage, wann und zu welchem Thema das nächste Seminar stattfinden würde, haben eines verdeutlicht: Der Test ist gelungen! Es wird auch 2022 das Veranstaltungsformat U 30 Seminar geben und wir freuen uns darauf.



Vor der Päpstlichen Universität:  
Rufin Mellentin (links) und  
Sebastian Kaup

Insgesamt sind 40 Vertreter\*innen von Laienorganisationen zum interdisziplinären Kurs aus aller Welt angereist



## GKS goes international

Kaum war es wieder erlaubt, auch international unterwegs zu sein, da brach auch schon ein Vertreter unserer Gemeinschaft auf, um an der 2. Militärwallfahrt nach Flüeli-Ranft unter dem Motto „**Friede ist allezeit in Gott, denn Gott ist Friede**“ teilzunehmen.

Auch Rom war ein internationales Ziel, denn auf Einladung des Dachverbandes aller katholischen Soldaten, des Apostolat Militaire International (AMI), nahmen die Vorsitzenden der Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ an einem interdisziplinären Kurs für katholische Nichtregierungsorganisationen an der Päpstlichen Universität Urbaniana teil. Insgesamt sind dafür 40 Vertreter\*innen von Laienorganisationen aus aller Welt angereist. Thematisch deckte der Kurs ein breites Feld aktueller Fragen ab, zum Beispiel die von Papst Franziskus eingeleitete Umorganisation des Heiligen Stuhls und der Kurie oder Fragen der Laienarbeit in der Kirche. Der Kurs befasste sich inhaltlich auch mit dem Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung der Menschen und den dort behandelten Fragen, wozu auch als Kernthemen Migration, Frieden, Flucht und Vertreibung gehörten.

## Endlich wieder ein Seminar 3. Lebensphase!

Nach langer Pandemiepause fand im September in Nürnberg im Caritas-Pirckheimer-Haus wieder das Seminar zur 3. Lebensphase statt. 16 Teilnehmer\*innen konnten sich mit ihren Partner\*innen auf die Zeit nach dem Berufsleben vorbereiten. Der Veranstaltungsort in Nürnberg zeigte den gesamten Charme seines historischen Stadtbildes und rundete so das Seminar ab.

Hauptziel der Veranstaltung ist die psychosoziale Vorbereitung der Teilnehmenden auf den bevorstehenden Lebensabschnitt. Verschiedene Referenten aus unterschiedlichen Fachrichtungen tragen mit ihrem Wissen kompetent zu dieser Vorbereitung bei. Gerüstet mit vielen Anregungen, um eine hohe Qualität in der dritten Lebensphase erreichen zu können, wurden die Teilnehmer\*innen durch das Team der Seminarleitung verabschiedet.

Die Winter-Bereichskonferenz findet in Maria in der Aue (Abbildung) statt. Dies wird auch in diesem Jahr so sein, leider zum letzten Mal, da das Haus Ende des Jahres schließt



Foto: Wikipedia

## GKS digital

Auch „GKS digital“ wird es weiterhin geben, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass digitale Abende eine große Chance bieten, spannende Referenten zu wichtigen Themen zu hören und das mit relativ geringem Aufwand für Organisation, Durchführende und Teilnehmende.

Um den Zeitraum bis zur nächsten GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn vom 6. bis 9. November 2022 in Bensberg nicht zu lang werden zu lassen, haben wir die langen Novemberabende genutzt, um an drei Dienstagabenden eine digitale „Mini“-GKS-Akademie durchzuführen. Dabei konzentrierten wir uns auf das Individuum, den Menschen mit seinen Herausforderungen, Anfechtungen und Chancen und das, was dies für uns als Soldaten, als militärische Führer, als Christen, als Mitglieder der Gesellschaft in einer sich rasch verändernden Welt bedeutet. Die Referenten führten spannend, intensiv und „hintergründig“ in ihre Themen ein und danach blieb noch Zeit für den Gedankenaustausch, der von den Teilnehmenden auch intensiv genutzt wurde. Bereits jetzt können wir sagen: **Im Januar wird es mit den GKS-Online-Abenden weitergehen.**

## Herausforderung Frieden! Themenwochenende des Kreises Unna-Ahlen

Ende Juli war es so weit: Der GKS-Kreis Unna-Ahlen lud zum Themenwochenende ins Heinrich Lübke Haus in Günne am Möhnesee ein und war damit der erste Kreis im Westen, der sich wieder in Präsenz treffen konnte. Unter der kundigen Leitung von Ralf Eisenhardt stellten sich die Teilnehmenden der „Herausforderung Frieden!“, die sich mit Blick auf die aktuellen Krisen als Herkulesaufgabe zeigt.

## Kurzer Blick auf die Ereignisse in der GKS nach dem Redaktionsschluss vom 10. November 2021:

Im November und Dezember folgen noch weitere Themenwochenenden, unter anderem der Kreise Köln, Saarland, Ummendorf, München, Fürstenfeldbruck und Kaufbeuren. Für das Jahr 2022 haben alle Kreise Themenwochenenden und andere Veranstaltungen angemeldet, sodass die „Drei Bs“ der GKS, „Bildung, Begegnung, Besinnung“, wieder erfahren und gelebt werden können.

Außerdem hat nach dem Redaktionsschluss die „Offizier-Akademie“ in Bensberg stattgefunden. Nachdem drei Termine 2020 und 2021 ausfallen mussten, gibt es für diese Akademie wieder viele Anmeldungen und hohe Erwartungen sowie Vorfreude.

Und endlich wird es wieder eine „Bereichskonferenz West“ in Präsenz geben: Die Winter-Bereichskonferenz findet traditionell in Maria in der Aue statt. Dies wird auch in diesem Jahr so sein, leider zum letzten Mal, da das Haus Ende des Jahres schließt. So mischt sich in die Vorfreude auf die Bereichskonferenz, bei der Vertreter aus dem gesamten GKS-Bereich zusammenkommen werden, auch etwas Wehmut. Das Haus mit dem Weihnachtsmarkt vor der Tür bot einen herausragenden Rahmen für eine arbeitsreiche, aber auch stimmungsvolle, adventliche Zusammenkunft.

Die Hubertusmesse des Kreises München steht bei Redaktionsschluss auch unmittelbar bevor.

*Wer informiert sein möchte, dem sei an dieser Stelle noch einmal unsere Homepage empfohlen.*

<https://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de>





Fotoauswahl und Foto von Bernd F. Schaller

# Das Wort des Geistlichen Beirats

**D**em römischen Feldherrn und Staatsmann Julius Cäsar wird die lateinische Redewendung „Alea iacta est“ zugeschrieben und zugleich mit „Die Würfel sind gefallen“ übersetzt. Auch wenn die Übersetzung bei Lateinern Gänsehaut auslöst, hat sich die Bedeutung dieses Ausspruchs bis heute gehalten: Wenn die Würfel gefallen sind, dann ist damit eine Entscheidung getroffen, die man nicht mehr rückgängig machen kann. Nichts anderes drückt der Titel der vorliegenden Ausgabe des AUFTRAG aus: „Wir hatten die Wahl!“

Mit dieser Aussage wird deutlich, dass die Zeit der Entscheidung vergangen und das Ergebnis dieser nicht mehr zu ändern sind. Ob einem das Ergebnis in der Rückschau gefällt – obwohl man vielleicht dazu beigetragen hat –, ist nun nicht mehr entscheidend.

„Wir hatten die Wahl!“ ist daher mehr als nur eine Feststellung. Es markiert einen Endpunkt, eine Endgültigkeit. Bei manch einem schwingt dabei vielleicht noch einmal die Frage mit, ob es nicht besser gewesen wäre, man hätte sich anders entschieden. Die Antwort darauf ist ernüchternd: Es gibt kein Zurück!

Habe ich es mir mit meiner Entscheidung vielleicht zu einfach gemacht? Habe ich alle Fakten berücksichtigt, auf deren Grundlage ich meine Wahl getroffen habe? Habe ich mir bei meiner Entscheidung zu wenig Zeit gelassen? Habe ich mich zu sehr von anderen beeinflussen lassen? Wurde ich vielleicht von außen unter Druck gesetzt? Die Liste könnte beinahe endlos erweitert werden und würde doch am Ergebnis nichts ändern: „Wir hatten die Wahl!“

Vielleicht tun wir uns deshalb manchmal mit der Tatsache schwer, die von uns getroffene Wahl bzw. Entscheidung im Nachhinein zu akzeptieren, weil uns nach und nach bewusst wird, welche Folgen sie hat. Und mit den Folgen müssen wir leben, im Großen wie im Kleinen. „Wir hatten die Wahl!“ zeigt aber sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemeinschaft auf, dass man eine Chance hatte. Gleichzeitig steht aber unausgesprochen die Frage im Raum, ob man sie auch genutzt hat.

Der eine oder die andere wird sich vielleicht – sozusagen als letzten hilflosen Versuch – die Frage stellen, ob er oder sie die Wahl noch einmal so treffen würde, wenn er vor derselben Entscheidung stehen würde. Letztlich aber wird die Erkenntnis siegen, dass dies alles Gedankenspiele und Ausflüchte sind, und nichts am Ergebnis ändern. Ob es also heißt „Wir haben die Wahl!“ oder eine Erkenntnis im Raum steht wie diese: „Wer die Wahl hat, hat die Qual!“ oder zusammengefasst gesagt: „Wir hatten die Wahl!“ – am Ende geht es zum einen um eine Entscheidung für und zugleich auch gegen etwas, zum



**Militärdekan Bernd F. Schaller**  
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

## „Bei allem, was du tust, denk an das Ende“

anderen mündet alles in der Verantwortung, die jeder dafür trägt. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich: Eine Wahl zu treffen ist nichts, was nebenbei erfolgt, denn schlussendlich muss diese Wahl auch stets verantwortet werden. Ich muss dafür geradestehen.

Entscheidung und Verantwortung sind dabei immer im Zusammenhang mit einem Wertekanon zu verstehen. Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme fallen nicht vom Himmel, sondern entwickeln sich, werden immer wieder auf den Prüfstand gestellt, revidiert und neu definiert, bevor sie zur Anwendung kommen. Menschen, die uns in das und durch das Leben begleiten, Weltanschauungen und Religionen, die Maßstab und Richtung bieten, oder auch Situationen und Herausforderungen des Alltags spielen eine wesentliche Rolle. Sie bilden letztlich unser Gewissen, das bei all unseren Entscheidungen, die wir treffen und verantworten müssen, unser Regulativ darstellt. Als Menschen und erst recht als Christen sind wir bei allem Entscheiden und Handeln allein unserem Gewissen verpflichtet, für das wir selbst verantwortlich sind. So muss also Gewissenhaftigkeit, Zielorientierung bzw. -optimierung und das Abschätzen der Folgen stets Grundlage einer Entscheidung sein. In den „Gesta Romanorum“, einer Spruchsammlung aus dem 14. Jahrhundert, wird dies anschaulich formuliert und hat bis heute Gültigkeit: „Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!“. Übersetzt bedeutet das: „Was immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende!“ Dieser Wendung liegt ein alttestamentlicher Vers aus dem Buch Jesus Sirach zugrunde, wo es heißt: „Bei allem, was du tust, denk an das Ende, so wirst du niemals sündigen.“ (Sir 7, 36) ■

Zwei, die gut Lachen haben! Bischof Dr. Georg Bätzing und Prof. Dr. Thomas Sternberg (rechts) auf der Synodalversammlung in Frankfurt am Main.



Foto: Synodaler Weg/Maximilian von Lachne

## INTERVIEW

# Wohin steuert die katholische Kirche, Prof. Dr. Sternberg?

Auf den Synodalversammlungen werden Vorschläge für eine Reform der katholischen Kirche gemacht. Einer unter ihnen ist Prof. Dr. Thomas Sternberg, scheidender\* Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Er hat keinen Zweifel daran: Innerhalb der katholischen Kirche bewegt sich derzeit viel Gutes. Darüber haben wir mit ihm gesprochen. >>

\*Seit November 2021 ist Thomas Sternberg nicht mehr der Präsident für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Damit scheidet der 69-Jährige auch aus dem Präsidium des Synodalen Weges aus.



# „Ich bin mit einem beklommenen Gefühl nach Frankfurt gefahren“

**AUFTRAG:** Prof. Dr. Thomas Sternberg, wir leben in einer „Zeitenwende“, schrieb Papst Franziskus 2019 in einem Brief an das pilgernde Volk Gottes in Deutschland. Diese Zeitenwende haben Sie sechs Jahre als ZdK-Präsident mitgestaltet. Neben den derzeitigen Herausforderungen – was waren schöne Momente oder Dinge, die Ihnen Freude bereitet haben?

**Prof. Dr. Sternberg:** Zunächst einmal hat mich die Zusammenarbeit mit vielen engagierten katholischen Gläubigen berührt. Natürlich gab es auch Höhepunkte wie zu Beginn meiner Amtszeit der 100. Katholikentag in Leipzig, wo wir in einer extrem säkularen Umgebung – schließlich gehören 80 Prozent der Menschen in Leipzig keiner Kirche an – einen solchen Tag geplant haben, der freundlich und kommunikativ von den Menschen in der Stadt aufgenommen wurde. Dieser Tag hat uns gezeigt, wie sich Kirche zukünftig aufstellen muss, wenn sie nicht länger als Mehrheit auftreten kann – wie wir das aus früheren Jahrzehnten gewohnt waren. Aber auch der Katholikentag in Münster 2018 und der coronabedingt digitale Ökumenische Kirchentag in Frankfurt waren Höhepunkte in meiner Amtszeit.

**Trotzdem ist es für Sie „nur“ ein Amt, das Sie abgeben werden. Was wünschen Sie Ihrer Nachfolgerin/Ihrem Nachfolger?**

Ich wünsche ihr oder ihm, dass der Synodale Weg für uns so gut weitergeht, wie er für mich überraschenderweise positiv in Frankfurt Ende September 2021 weitergegangen ist – nach einer Phase mit vielen Konflikten in der katholischen Kirche in Deutschland. Ich wünsche ihr oder ihm, dass Kooperationen zu Reformvorhaben quer über alle Richtungen und Gruppierungen hinweg möglich werden und dass das Thema der sexualisierten Gewalt im Raum der Kirche so aufgearbeitet wird, dass vor allem den Betroffenen Recht widerfährt und sie wahrgenommen werden. Außerdem hoffe ich, dass Kirche wieder an Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnt.

**Diese „Zeitenwende“, von der Papst Franziskus spricht, ist geprägt durch große Herausforderungen für die katholische Kirche. Glauben Sie, man hätte einige Herausforderungen oder Schwierigkeiten vermeiden können, wenn andere Themen in der Würzburger Synode von 1971 bis 1975 diskutiert worden wären?**

Dort wurde viel diskutiert. Es hat nur nach 1978, während des Pontifikats von Johannes Paul II., einen Abbruch von Reformprozessen gegeben, die dringend hätten weitergeführt werden müssen. Wichtige Themen sind ab 1978 eingefroren worden und wirken nun teilweise wie aufgetaut. Sie sind aber noch immer real. Es ist spannend zu lesen, was diese Würzburger Synode bereits alles diskutiert und beschlossen hat. Allerdings können die damaligen Beschlüsse auf eine so veränderte gesellschaftliche Situation wie heute nicht einfach übertragen werden. Dazu hat sich die Welt nicht nur kirchlich, sondern insgesamt erheblich verändert.

**Was muss Ihrer Meinung nach passieren, damit das Thema „Missbrauch innerhalb der Kirche“ wirklich angepackt wird? Wie kann der Synodale Weg dazu beitragen?**

Ich glaube, das Thema wird bereits angepackt. Die Erschütterung ist angekommen. Der Synodale Weg dient dazu, sich nicht nur mit diesem Phänomen zu beschäftigen, sondern auch zu fragen, was die Probleme sind, die diese Verbrechen sogar bei Klerikern möglich gemacht haben. Und da sind wir bei den Themen, die bereits die MHG-Studie (2014 bis 2018) herausgearbeitet hatte. In dieser Studie spielen Fragen von Macht und Machtverhältnissen eine wesentliche Rolle. Es geht eigentlich immer um die Frage von Machtmissbrauch beziehungsweise angemessener Machtausübung. Hinzu kommt die

Foto: Synodaler Weg/Maximilian von Lachme



Prof. Dr. Thomas Sternberg auf der Synodalversammlung in Frankfurt sieht den größten Erfolg in der Zustimmung von 83 Prozent zum Text „Macht und Gewaltenteilung“.

## „Die Frage nach einer Sexualmoral ist entscheidend.“

Frage nach der priesterlichen Lebensform, was keineswegs allein oder vor allem den Zölibat meint. Als dritten Bereich nennt die Studie eine Sexualmoral, die zwar der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht mehr entspricht, aber Wirkungen hat. Die katholische Lehre ist in der Anthropologie des 19. Jahrhunderts stecken geblieben, zum Beispiel, was das Wissen über Homosexualität angeht. Das macht es auch modernen Moraltheologinnen und -theologen heute nicht einfach, zwischen Kirche, Wissenschaft und Gesellschaft zu vermitteln. Außerdem ist die Partizipation von Frauen ein großes Diskussions-thema, das in den letzten 30 bis 40 Jahren in allen gesellschaftlichen Bereichen eine zunehmend wichtige Rolle gespielt hat. Die Kirche hat lange versucht, die Partizipation zu unterdrücken, zumindest was die Frage nach der Weihe von Frauen angeht. >>



Auf der Synodalversammlung in Frankfurt: Das Entzünden einer Kerze für die Eucharistiefeier.

Foto: Synodaler Weg/Maximilian von Lachne

## „Wir haben Bistümer, die den sexuellen Missbrauch von unabhängigen Einrichtungen analysieren lassen.“

**Sie haben gesagt, dass die katholische Kirche auf einem guten Weg ist und dass sich die „Aufarbeitungsarbeit“ vieler katholischer Bistümer in Deutschland nicht verstecken muss. Das sehen die Missbrauchsoffer anders.**

Das kann man so nicht sagen. Die Missbrauchsoffer sehen das genauso differenziert, wie ich das auch gesagt habe. Man kann da kein pauschales Urteil fällen. Ich wünschte mir, auch andere Organisationen würden die Frage der Aufarbeitung des Verjährten und die Prävention für die Zukunft ernster nehmen.

**Ein Kritikpunkt vieler Missbrauchsoffer und Laien ist aber, dass die Aufarbeitung nur innerhalb der Kirche stattfindet. Braucht es dazu eine staatliche Einrichtung?**

Die Unabhängigen Kommissionen, die 2020 mit dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung vereinbart worden sind, werden jetzt mit Persönlichkeiten, die von den Landesregierungen entsandt werden, eingesetzt. Sie sind aber noch nicht überall konstituiert. Wir haben auch eine Reihe von Bistümern, die ihre Analysen des sexuellen Missbrauchs nicht an Aufträge binden, sondern die diese durch unabhängige Experten analysieren lassen, deren Arbeit dann finanziert wird, zum Beispiel das Kooperationsprojekt in der Diözese Münster mit der Westfälischen Wilhelms-Universität. Auf Initiative des Bistums Münster arbeitet dort

ein interdisziplinäres Team die Missbrauchsfälle im Bistum Münster in eigener Verantwortung auf. Es ist gut, dass es eine kritische Öffentlichkeit gibt, die das beobachtet. Ich wünsche mir nur, dass diese Beobachtungen auch so differenziert erfolgen, wie die Situation ist.

**Sie bzw. das ZdK müssen das „Haus in Ordnung bringen“, haben Sie mal gesagt. Wie kann die katholische Kirche denn zu mehr Glaubwürdigkeit kommen?**

Indem man Probleme nicht verschweigt, sondern auf den Tisch bringt und darüber spricht, wie das Ende September 2021 in der Synodalversammlung in Frankfurt passiert ist. Ich bin glücklich darüber, wie gut es gelaufen ist. Auch in sehr kontroversen Positionen wurde eines deutlich: Die Zahl derjenigen, die in der Kirche eine Reform wollen und Reformen auf vielen Ebenen anstreben, ist groß. Es hat mich bewegt, dass das Grundlagenpapier des Forums „Macht und Partizipation“ auf der Versammlung eine Mehrheit von 83 Prozent bekommen hat.

**Stichwort Glaubwürdigkeit: Wie sieht es hierbei mit Rücktritten aus? Rom hat entschieden, dass Kardinal Woelki nach einer Pause im Amt bleiben darf. Was bedeutet diese Entscheidung für das Bistum Köln? Aber auch weit darüber hinaus für viele kritische Gläubige, die sehr wach diese Entscheidungen verfolgen?**

Diese Entscheidung wird kritisch gesehen. Auch deswegen, weil Rücktritte in Demokratien Verfahren sind, um Verantwortungsübernahme – auch unabhängig von persönlicher Schuld – zu ermöglichen. Dieses Verfahren ist üblich und angemessen. Es wird aber hier nicht möglich gemacht, auch für solche Bischöfe nicht, die diesen Rücktritt anbieten. Darin sehe ich ein Problem, auch wenn ich der Meinung bin, dass ein Rücktritt allein Probleme nicht löst. Was heißt das jetzt für das Erzbistum Köln? Hier geht es nicht nur um die Aufarbeitung der sexualisierten Ge- >>



walt durch Kleriker und verunglückte Rechtsgutachten. Es geht um einen Vertrauensverlust, der im ganzen Bistum zu spüren ist. Unzufriedenheit und Verärgerung liegen auch in anderen Punkten begründet. Der unsensible bis skandalöse Umgang mit der Missbrauchsaufarbeitung ist nur eines der Themen.

#### Was sind weitere Themen?

Die Frage nach der Neuordnung des Bistums mit der Zusammenlegung von Gemeinden und Pfarreien. Übrigens etwas, was deutschlandweit zu erheblicher Unruhe unter den Gläubigen führt und geführt hat. Dieses Problem entsteht dadurch, dass die Zahl der Priester stark zurückgeht. Viele Pfarreien können nicht mehr von den immer weniger werdenden Priestern geleitet werden. Wenn man aber die priesterliche Leitung beibehalten will, führt das zu „Großgebilden“, der Gründung sogenannter XXL-Gemeinden, in denen ein Priester für ein immer größeres Gebiet zuständig ist. Diese Lösung bewegt sich immer weiter weg von der Lebenssituation der Menschen vor Ort. Wir haben in der Kirche in Westdeutschland aus vielen Gründen – vor allem der Finanzverteilung – in den letzten 50 Jahren eine Zentralisierung erlebt, die es so früher nie gegeben hat. Jetzt ist der Zerfall der Ortsgemeinden der nächste Schritt. Dagegen hilft nur die selbständige Übernahme der Obliegenheiten der Pfarrei durch Laien – so wie das schon in früheren Jahrhunderten gewesen ist.

#### Ihnen liegt der Synodale Weg sehr am Herzen. Worin sehen Sie den größten Erfolg der zweiten Synodalversammlung?

In der Tatsache, dass eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich war und ist, dass kontroverse Positionen ohne Verletzungen vorgetragen werden konnten – bis auf wenige Ausnahmen. Sowie in der Tatsache der sehr hohen Abstimmungsquoten, die teilweise zwischen 76 und 92 Prozent lagen. Das hatte ich nicht erwartet.

#### Was macht dieser Erfolg mit Ihnen?

Ich bin erleichtert darüber. Ich gebe zu, ich bin mit einem beklommenen Gefühl nach Frankfurt gefahren. Wird es uns gelingen, den guten Geist aus der ersten synodalen Versammlung wieder zu erleben? Das fragte ich mich. Es hat auch deshalb funktioniert, weil wir diesen Prozess als einen geistlichen Prozess verstanden haben, in dem Menschen gemeinsam diskutieren und beten.

## „Die Behauptung, wir würden einen deutschen Sonderweg gehen, hat sich als Unfug erwiesen.“

**Die katholische Kirche in Deutschland ist Teil der Weltkirche. Das heißt, selbst wenn wir Veränderungen innerhalb der Kirche in Deutschland anstreben, Rom hat das letzte Wort. Glauben Sie, wenn der Synodale Weg mit vielen einstimmigen Voten abgeschlossen werden würde, dass das eine verändernde Kraft hätte?**

Das hätte es. Wir haben eine Menge von Voten und auch Veränderungsoptionen, die kirchenrechtlich möglich sind in Deutschland. Es ist keineswegs so, als ginge es hier nur um Fragen, die weltkirchlich zu lösen sind. Es geht auch um Fragestellungen, die man in Deutschland unabhängig vom Wort Roms diskutieren und umsetzen kann. Wir haben natürlich auch eine Reihe von Themen, die den römischen Vorbehalt haben und eine weltkirchliche Akzeptanz brauchen. Dafür steht Rom schließlich als Verwaltungsstelle. Doch die Frage ist immer, was ist unmittelbar umsetzbar, was muss genehmigt werden und was nicht? Und was verändert sich bereits durch geführte Diskussionen? Wir haben mit der Synodalversammlung eine enorme internationale Aufmerksamkeit und einen großen internationalen Zuspruch. Die Behauptung, wir würden hier einen deutschen Sonderweg gehen, hat sich als Unfug erwiesen. Das zeigt uns, dass das, was wir diskutieren, nicht nur uns betrifft, sondern die katholische Kirche in der Welt.

#### Gibt es etwas, was sich bereits in kürzester Zeit hierzulande verändern könnte?

Die offizielle Genehmigung der Predigt von ausgebildeten Frauen in der Eucharistiefeier. Das ist zwar etwas, was bereits in sehr vielen Gemeinden passiert, aber es passiert derzeit ohne rechtliche Bestätigung. Das entsprechende Papier hat in der Synodalversammlung mehr als 91 Prozent Zustimmung bekommen. Das hat mich gefreut. ■

Foto: Synodaler Weg/Maximilian von Lachne

Zweite Synodalversammlung des Synodalen Weges in Frankfurt am Main: symbolische Demonstration in der Synodalversammlung nach der Aussprache zu aktuellen Entscheidungen des Vatikans in Personalfragen (30.09.2021)





Foto: Shutterstock

# Angela Merkel und das Dilemma deutscher Sicherheitspolitik

## Eingeklemmt zwischen Pazifismus und maroder Bundeswehr

Ein Beitrag von Erich Vad,  
früherer militärpolitischer Berater  
der Bundeskanzlerin Angela  
Merkel. Der Beitrag erschien in:  
„Merkel – Die kritische Bilanz von  
16 Jahren Kanzlerschaft“



Foto: Kopp-Verlag

6. April 2009: In den frühen Morgenstunden fliegen zwei CH-53-Hubschrauber der Bundeswehr im Tiefflug, nur ein paar Meter über dem Grund, von Usbekistan aus über die afghanische Grenze nach Kunduz. Bordtüren und Verladerampe sind offen, Maschinengewehre mit Gefechtsmunition im Anschlag. In der ersten Maschine sitzt neben mir die Bundeskanzlerin. Aus Sicherheitsgründen weiß niemand von der Reise. Aufgrund der aktuellen Gefährdungslage hatten das Verteidigungsministerium und auch die Sicherheitsdienste von der Reise abgeraten. Kunduz ist zum heißen Pflaster geworden. Erstmals seit 1945 kämpfen und fallen hier deutsche Soldaten. Angela Merkel will sich selbst vor Ort ein Bild von der Lage machen. Während des Anflugs auf das Feldlager Kunduz ertönt plötzlich ein Alarmsignal, die Bordelektronik hatte Lichtreflexe aufgenommen. Es knallt, die Maschinen werden erschüttert, rauchende Tauschkörper werden ausgestoßen und die Hubschrauber gehen in ein waghalsiges Ausweichmanöver über. Im Moment ist nicht klar, ob wir beschossen werden oder nicht. Merkel bleibt vollkommen ruhig und gefasst. Wir landen schließlich in Kunduz und das Programm beginnt. Unmittelbar nach dem Weiterflug wird das deutsche Feldlager Kunduz von Taliban mit Raketen beschossen.

### Der Afghanistaneinsatz als Politikum

Bei einem späteren Besuch in Afghanistan fliegen die Bundeskanzlerin und ich nach Mazar-e Scharif. Dort empfängt uns der mächtige Gouverneur Atta in seinem pompösen Palast. Von draußen ist plötzlich eine laute Explosion zu hören. Die deutschen und afghanischen Sicherheitsleute raten dazu, den Besuch abubrechen und die Kanzlerin in das sichere Camp zu bringen. Aber die Kanzlerin besteht darauf, den Besuch im Stadtzentrum fortzuführen. Später sagt sie mir zur Erklärung, wer Tapferkeit fordere, müsse selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist noch mal alles gut gegangen, wie auch bei der ersten Afghanistanreise der Bundeskanzlerin am 4. November 2007, als ein Selbstmordattentäter am Flughafen rechtzeitig gestellt und einen Tag vorher eine Straßenbombe gefunden wird.

In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 befiehlt der deutsche Kommandeur in Kunduz einen Luftangriff auf zwei von Taliban entführte Tanklastwagen voll Treibstoff. Er lässt >>



## Angela Merkels Kanzlerschaft im Vergleich:

**5795 Tage  
im Amt**

**5871  
Helmut Kohl**  
**5145  
Konrad Adenauer**  
**3061  
Helmut Schmidt**  
**2552  
Gerhard Schröder**

sie zerstören, damit sie nicht als fahrende Bomben gegen deutsche Soldaten eingesetzt werden können. Ein damals wahrscheinliches Szenario. Etwa hundert Afghanen, die um die Fahrzeuge stehen, kommen bei dem nächtlichen Luftangriff um.

Das alles passiert gut drei Wochen vor der Bundestagswahl. Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr wird zum riskanten Politikum für die Bundeskanzlerin. Kurz darauf gibt sie die erste Regierungserklärung zu Afghanistan ab und bekennt sich zur Notwendigkeit des deutschen Engagements. Gleichzeitig bringt sie erste Abzugsüberlegungen ins Spiel, was auch der bevorstehenden Wahl und dem zu erwartenden Ende der Koalition mit der SPD geschuldet ist. Diese greift das Thema „Luftangriff bei Kunduz“ prompt nach der Bundestagswahl lautstark auf. Es gibt einen Untersuchungsausschuss und ein riesiges Medienspektakel. Eine typisch deutsche Debatte über das Bombardement zweier entführter Tanklastzüge in Afghanistan bricht los. Medien und die politische Opposition, die – zumindest die SPD – kurz vorher noch für den Afghanistan-einsatz in der Regierungsverantwortung stand, behandeln das Thema wie einen überzogenen, aus der Kontrolle geratenen Polizeieinsatz in Deutschland. Der Spiegel spricht von einem „deutschen Verbrechen“ und stellt damit suggestiv den Bundeswehreinsatz bei Kunduz in die Nähe historischer Verbrechen – eine beliebte Verurteilungsform in Deutschland.

Militärische Rahmenbedingungen und Besonderheiten des Einsatzes in Afghanistan werden größtenteils ausgeblendet. Am Ende fordert die emotionsgeladene, von alten Vorurteilen gegen die Bundeswehr getragene Debatte einfach nur politische „Bauernopfer“: Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert müssen ihre Ämter aufgeben.

Seit zwölf Jahren tragen Bundesverteidigungsminister aus den Reihen der CDU/CSU die Verantwortung für die Bundeswehr. Die Bilanz ist ernüchternd: Mangelhafte Einsatzfähigkeit, gravierende Materialprobleme, fehlende Attraktivität und massive Nachwuchsprobleme listet der Bericht des Wehrbeauftragten vom 26. Januar 2016 auf. Seitdem ist es nicht wesentlich besser geworden. Trotz guter Absichtserklärungen ist nur ein Bruchteil des Geräts in Heer, Luftwaffe und Marine einsatzbereit. Beinahe die Hälfte der Bundeswehrliegenschaften weist erhebliche Mängel auf und ist nur eingeschränkt nutzbar, 10 Prozent überhaupt nicht.

Das ist kein Wunder, denn der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt mit derzeit 1,2 Prozent auf einem historischen Tiefstand, weit entfernt von den von der Nato zugesagten zwei Prozent. Nach moderaten Anstiegen, auch rezessionsbedingt, in den Jahren 2008 bis 2012 liegt der derzeitige Wert der Verteidigungsausgaben noch unter den 1,3 Prozent des BIP bei Dienstantritt der Bundeskanzlerin im Jahre 2005. Gleichwohl ist das Problem nicht nur Geldmangel, sondern auch falsche Planung und Misswirtschaft, wie der Bund der Steuerzahler anprangert.

Streitkräfte müssen einsatzbereit sein, sonst sind sie das Geld nicht wert, das man in sie steckt. Als die deutsche Bundesre-

## **19\* Minister\*innen ausgewechselt**

gierung Ende 2015 beschließt, mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen den internationalen Luftkrieg gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu unterstützen, ist nur etwa ein Drittel der deutschen Flugzeuge einsatzbereit.

Auch bei den Eurofightern der Luftwaffe sieht es nicht gut aus: Von den 109 Maschinen sind nur 42 einsatzbereit. Bei den veralteten Transportflugzeugen Transall ist die Lage nicht viel besser. Und bei den Transporthubschraubern vom Typ CH-53 sind von 83 verfügbaren Maschinen nur 16 für Einsatz, Ausbildung oder Übungen einsetzbar.

Der mangelhafte Zustand der Streitkräfte und dieser Umgang mit Steuergeldern, die in sie gesteckt werden, sind gleichermaßen skandalös. Aber niemand scheint sich groß dafür zu interessieren. Konsequenzen gibt es keine. Schnell geht man zur Tagespolitik über. Eigentlich besteht das Skandalöse darin, dass der Bericht des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels keinen politischen Skandal in Deutschland auslöst.

Keiner der letzten Verteidigungsminister hatte das Zeug dazu, die Streitkräfte einer der größten Wirtschaftsnationen der Erde nachhaltig zu formen. Die Missstände sind aber auch Konsequenz der faktischen deutschen Rahmenbedingungen des Berliner Politikbetriebs und der weitgehenden Gleichgültigkeit der deutschen Gesellschaft gegenüber der Bundeswehr.

### **Das Amt des Verteidigungsministers als Schleudersitz der Republik**

Der Posten des Bundesverteidigungsministers in Berlin ist hochriskant. Oft ist er der „Buhmann“. Zwar gibt es eine vernetzte Sicherheitspolitik, aber verantwortlich, wenn etwas schiefgeht, ist immer der Verteidigungsminister. Nur er muss sich rechtfertigen und nur er sitzt auf dem „Schleudersitz“ der Republik. Nicht wenige sind in diesem Job politisch gestrandet. Insider wissen: In den Verteidigungsausschuss zieht es kaum einen jungen ambitionierten Bundestagsabgeordneten.

Im Jahr 1990, nach der Wiedervereinigung, hatte die Bundeswehr fast 600.000 Soldaten, seitdem ist sie schrittweise drastisch verkleinert worden. Heute gehören ihr noch etwa 177.000 Soldaten an – so wenige wie nie zuvor. Nach den Reduzierungsbeschlüssen und Standortschließungen der letzten

**\*Sechs Minister\*innen wurden entlassen oder hatten nach Vorwürfen um Entlassung gebeten. Das waren Franz Josef Jung, Karl-Theodor zu Guttenberg, Norbert Röttgen, Annette Schavan, Hans-Peter Friedrich, Franziska Giffey. 13 weitere Minister\*innen verließen ihr Amt aus persönlichen Gründen.**

Jahre, die schon unter den SPD-Ministern Rudolf Scharping und Peter Struck begonnen wurden, ist die Bundeswehr in vielen Wahlkreisen kaum noch präsent. Entsprechend ist das Interesse von Abgeordneten an dieser Institution wenig ausgeprägt. Und sie wissen: Mit den harten, unbeliebten „facts and figures“ der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht man hierzulande in den Umfragen schnell in den Keller und gewinnt keine Wahlen.

Dazu kommen fehlendes strategisches Denken bei unseren Eliten, kaum noch vorhandene Wehrebereitschaft und eher Toleranz als Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft. Nach Auffassung von Strategie- und Militärexperten wie Martin van Creveld ist die Bundeswehr zu einer „seelenlosen Maschine“ verkommen.

Die Medienberichterstattung ist in der Regel kritisch bis ablehnend der Bundeswehr gegenüber. Diese bietet sich – ähnlich wie etwa die katholische Kirche – geradezu an für unzählige Skandalisierungen. Allerdings gibt es in der Bundeswehr zahlreiche Probleme. Bei nicht wenigen Generalen und hohen Offizieren überwiegen eine ausgeprägte Anpassungs- und Absicherungsmentalität, Schönrederei und Duckmäusertum – traurige Konsequenz einer inneren Negativauslese. Bürokratie und Planwirtschaft feiern leider fröhliche Urstände. Im illoyalen „Durchstechen“ interner Papiere an die Medien ist das Verteidigungsministerium stets der Spitzenreiter im politischen Berlin. Die Mehrheit der Berufssoldaten empfiehlt ihren Kindern den Soldatenberuf nicht mehr, wie Umfragen im Auftrag des Bundeswehrverbandes belegen.

Mit Äußerungen zu militärischen Fragen kann man als Politiker schnell ins mediale Kreuzfeuer geraten. Als der damalige Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Gespräch mit einem Journalisten über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf die Bedeutung und den Schutz militärisch gesicherter Handels- und Transportwege für eine Wirtschaftsmacht wie Deutschland hinweist – eine Aussage, die im damaligen Weißbuch beinahe wörtlich zu finden ist –, löst dies heftige mediale Kritik aus, die Ende Mai zu Köhlers Rücktritt führt.

Ursula von der Leyen (CDU) hat schnell lernen und begreifen müssen, dass die Attraktivität einer Armee sich nicht in Einzelzimmern für die Soldaten, hohem Frauenanteil, Kita-Plätzen, Flachbildschirmen und Flatrates erschöpft. Ihr Handling der G36-Affäre bleibt höchst fragwürdig: Aufgrund medialen >>

# 69 Stunden im Bundestag gesprochen

und politischen Drucks lässt sie eine exzellente Waffe, die von Eliteeinheiten weltweit gerühmt wird und über die sich nie ein Soldat im Einsatz beklagt hat, einfach aus dem Verkehr ziehen und nimmt dabei hohe Kosten in Kauf. Wie in Berlin ist auch in Brüssel das Verständnis für das Militärische oft nur sehr schwach ausgeprägt: Hoffentlich erkennt die Verteidigungsministerin, welch substanzielle Gefahr die EU-Arbeitszeitrichtlinie für die ohnehin nicht ausreichende Effizienz europäischer Streitkräfte birgt. EU-Brüssel scheint auch auf dem Gebiet der Sicherheit seine Reputation aufs Spiel setzen zu wollen.

## Reformen im Schnelldurchgang

Die Bundeswehrstrukturkommission unter Leitung von Frank-Jürgen Weise empfiehlt im Herbst 2010 die Aussetzung der Wehrpflicht. Der forsche damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wird die Aussetzung, faktisch die Abschaffung der Wehrpflicht, im Schnelldurchgang durchexerzieren. Warnende Hinweise hinsichtlich der Folgen für die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und die Nachwuchsgewinnung sind im politischen Berlin rar. Es wird eine Bundeswehrreform „designed to cost“ – also mit Ausrichtung auf eine Senkung der Kosten. Das ist folgerichtig, weil zu Guttenberg in der Tat für die Bundeswehr nicht genug Geld zur Verfügung hatte und sich etwas einfallen lassen musste. Es gibt kaum noch Verteidiger des Wehrpflichtgedankens. Auch die überlegenswerte Alternative der Überführung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht ist im politischen Berlin schnell erledigt. Es findet sich dafür einfach keine Mehrheit. Allerdings: Schon seit Jahrzehnten ist die Wehrpflicht faktisch tot, die Wehrgerechtigkeit schon längst nicht mehr gegeben, weil nur noch ein Bruchteil der Wehrpflichtigen tatsächlich in den Streitkräften dient. Insofern ist der politische Vollzug der Aussetzung der Wehrpflicht eigentlich überfällig. Der Wehrpflichtgedanke scheint nicht mehr in ein Land zu passen, das

jeder Wehrhaftigkeit längst abgeschworen hat. Das Klagen mancher Konservativer über den Verlust der Wehrpflicht ist wenig glaubhaft. Nicht wenige ihrer Söhne konnten sich um den Wehr- und Zivildienst mit ärztlichen Gutachten erfolgreich drücken. Dagegen erscheint mancher Wehrdienstverweigerer glaubwürdiger. Andere wichtige und gute Vorschläge der Weise-Strukturkommission werden vonseiten des Verteidigungsministeriums nur unzureichend umgesetzt. Der Druck aus dem Bundeskanzleramt reicht nicht aus. Die Kopflastigkeit der Bundeswehr bleibt weitgehend erhalten wie die seit Jahren beklagte übergroße Anzahl von Stäben, Ämtern und Kommandobehörden sowie zahlreiche unsinnige Doppelstrukturen. Das Zusammenfassen der Bundeswehrstandorte in wirtschaftlich effiziente Großstandorte die Konzentration und das Zusammenlegen von Ausbildungseinrichtungen werden nur sehr eingeschränkt oder gar nicht erreicht. Faktisch wird die Bundeswehr ziemlich fantasielos, linear und querschnittlich in allen Bereichen gekürzt. Die Bundesmarine verfügt am Ende über gerade mal so viele Schiffe, wie die Niederlande im Einsatz hat. Bei den Kampfpanzern des Heeres wurde von mehr als 2000 auf gut 200 Stück reduziert, eine Größenordnung, über die auch die Schweiz verfügt.

## Krieg oder nicht Krieg?

April 2010: In kurzer Abfolge kommen mehrere deutsche Soldaten bei Kämpfen in Afghanistan ums Leben. Derweil streitet man sich in der Bundesrepublik, ob es sich um Gefallene handelt oder nicht. Am Karfreitag 2010 fallen drei deutsche Soldaten in einem stundenlangen Feuergefecht mit Taliban-Kämpfern bei Kunduz. Eine Woche später findet eine Trauerfeier im norddeutschen Selsingen statt, ich fliege mit der Bundeskanzlerin dorthin. Berührt steht sie vor den aufgebahrten Särgen der gefallenen Fallschirmjäger. Bewegend ist das Gespräch der Kanzlerin mit den Angehörigen, sie zeigt tiefe menschliche Empathie. Auf dem Rückflug reden wir über die Sinnhaftigkeit des Krieges und Einsatzes in Afghanistan. Der zieht sich jetzt schon über Jahre hin, länger als der Zweite Weltkrieg. Es wird deutlich, dass sie ihn zu einem erfolgreichen Ende führen will. Am nächsten Tag lassen wir uns vom Einsatzführungskommando in Potsdam über die Lage bei Kunduz und den stundenlangen Gefechtsverlauf unterrichten. In einer generalstabsmäßigen Multimediashow wird minutiös der Hergang des Gefechts geschildert, als habe

# 766 Tage auf Auslandsreisen verbracht

es sich um eine kriegsentscheidende militärische Großoperation gehandelt. Am Ende die einfache, entwaffnende Frage der Kanzlerin, wie viele Taliban denn wohl in dem zehnstündigen Gefecht getötet wurden. Es ist bezeichnend und vielsagend, dass keiner der anwesenden Generale und Offiziere die Frage auch nur annähernd beantworten kann.

Im April 2010 gibt es abermals eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu Afghanistan, in der viel von Krieg und Tapferkeit die Rede ist, aber auch der Appell an die Abgeordneten ergeht, sich zu dem zu bekennen, was sie selbst beschlossen haben. Schließlich wird die Bundeswehr im Einsatz von der Mehrheit des Parlaments dazu autorisiert und legitimiert. Bei den jährlichen Mandatsverlängerungen der Auslandseinsätze wird nicht nur von der rot-grünen Opposition, sondern auch vonseiten des Außenministeriums unter Guido Westerwelle (FDP) kräftig auf die Obergrenze des Streitkräfteumfangs in Afghanistan gedrückt, um sichtbar zu zeigen, dass es immer weniger Soldaten in den Auslandseinsätzen gibt. Das ist innenpolitisch und wahltaktisch verständlich, aber in militärisch-operativer Hinsicht unsinnig. Dennoch wird die Obergrenze unserer Truppen im Auslandseinsatz in den Debatten im Bundestag stets zum heiß umkämpften Politikum, und der jeweilige Verteidigungsminister verteidigt vor allem sich selbst.

Wir sprechen von ressortübergreifenden Auslandseinsätzen Deutschlands und von vernetzter Sicherheitspolitik, aber es ist am Ende immer nur der Verteidigungsminister, der im Parlament die Kritik einstecken und den Kopf hinhalten muss. Im Dezember 2010 ist Angela Merkel wieder in Afghanistan und besucht die dort eingesetzten deutschen Soldaten. Verteidigungsminister zu Guttenberg hatte kurz vorher mit einem Tabu gebrochen, indem er mit Blick auf die Kämpfe bei Kunduz erstmalig von Krieg gesprochen hat. Ein wochenlangster semantischer Streit in Deutschland ist die Folge. Das pazifistische Grundgefühl, die eigentliche Staatsräson der Deutschen, ist berührt und herausgefordert.

Erich Vad an der Seite  
von Angela Merkel



Foto: Erich Vad

Während zu Hause debattiert wird, ob der Afghanistaneinsatz überhaupt Krieg sei, kämpfen deutsche Soldaten bei Kunduz wie im Krieg und erleiden Verluste. Deutschland hat Gefallene und viele tun sich schwer damit, das einzugestehen. Dennoch gilt es in dieser Frage das richtige Maß zu behalten. Sicherlich kämpfen deutsche Soldaten im Raum Kunduz wie in einem klassischen Krieg, sie haben Verluste und haben sich tapfer geschlagen. Aber überwiegend ist die Bundeswehr im Norden Afghanistans in einem vergleichsweise ruhigen Umfeld tätig, was oft vonseiten der Alliierten kritisiert wird.

## Zivilmacht und Militäreinsatz

Unzählige Debatten im Deutschen Bundestag, an denen ich mit der Bundeskanzlerin teilnehme, belegen es: Die Welt und ihre internationalen strategischen Herausforderungen werden im politischen Berlin immer durch die innenpolitische Brille deutscher Befindlichkeiten und Binnenverhältnisse gesehen. Dem muss jede deutsche Regierung Rechnung tragen, ob sie will oder nicht. In den letzten Bundestagswahlkämpfen sowie in den anschließenden Koalitionsverhandlungen spielen sicherheitspolitische Überlegungen nur eine marginale Rolle. Themen wie der Mindestlohn, Arbeitsplatzsicherheit, Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften, Betreuungsgeld, Rente etc. erhitzen dagegen die Gemüter. Das Thema Verteidigung wird im außen- und sicherheitspolitischen Teil des >>



# 24 Gesetze namentlich abgelehnt

schwarz-roten Koalitionsvertrages von 2013 erst nach der Afrika-, der Lateinamerika- sowie der Kultur- und Bildungspolitik angesprochen. Und inhaltlich geht es dann primär um eine attraktivere Bundeswehr, um Berechenbarkeit und Planungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Funktionalität, Präsenz in der Fläche, Familienfreundlichkeit und heimatnahe Verwendungen der Soldaten. Es ist nicht zu übersehen: Deutschland definiert sich vorrangig als pazifistische Zivilmacht.

Das Frühjahr 2011 hatte es in sich. Anfang März tritt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wegen seiner Plagiatsaffäre zurück. Im März 2011 enthält sich Deutschland auf Betreiben von Außenminister Westerwelle im UN-Sicherheitsrat bei der Frage der Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen.

Die internationale Wirkung dieser Entscheidung der deutschen Regierung ist verheerend und die deutsche Stimmenthaltung ein Fehler. Aber ehrlich gesagt: Hätten Sie vor dem Hintergrund der innerdeutschen Befindlichkeiten damals als deutsche Bundeskanzlerin grünes Licht zur deutschen Teilnahme an den Air-Strikes einiger Nato-Partner in Libyen gegeben? Der schwächelnde Koalitionspartner FDP schwankt, die Opposition will dagegen stimmen, droht mit dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, und die Mehrheit im Parlament ist mehr als fraglich. Hätte der Bundestag bei sogenannten Kollateralschäden, die auch in Libyen zu erwarten waren, ähnlich wie im Fall Kunduz wieder einen Untersuchungsausschuss eingerichtet? Den Deutschen ist das zuzutrauen. Dazu kommt, dass der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy den Libyen-Einsatz auch aus innenpolitischen Motiven sucht. Wie dem auch sei: Die Stimmenthaltung ist ein gutes Beispiel für die Handlungsunfähigkeit deutscher Sicherheitspolitik in der Krise.

## Merkel-Doktrin und Strukturpazifismus

Bei einem Besuch in Berlin im November 2011 sagt der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.“ Während der Ukraine- und Krim-Krise in den Jahren 2014/2015 ist es eine fundamentale Schwächung der westlichen europäischen Verhandlungsposition, dass die deutsche Regierungspolitik ostentativ und von vorneherein militärische Optionen wie eine Stationierung von Nato-Truppen in den osteuropäischen Mitgliedsländern ausschließt. Als Verteidigungsministerin von der Leyen entsprechende Überlegungen ins Spiel bringt, wird sie heftig sogar von Kabinettsmitgliedern kritisiert und ihr Kriegsrhetorik unterstellt. Das deutsche Verhalten ist ungefähr das Gleiche, als wenn man nachts in der U-Bahn einem bedrängten Fahrgast zu Hilfe eilen will und gleichzeitig den Rowdys zusichert, nicht die Polizei zu rufen. Unverständlich und unrealistisch ist auch, den Vormarsch der Kämpfer des „Islamischen Staats“ im Irak mit den hierzulande üblichen Appellen an die Vernunft der Konfliktparteien, Entrüstungsbekundungen und Reisediplomatie etc. stoppen zu wollen. Nur Streitkräfte können diese Kämpfer im Irak stoppen, bekämpfen oder zurückdrängen, entwaffnen und die Konfliktparteien trennen und zusammen mit der Polizei die innere Ordnung wiederherstellen.

Angeichts des hohen innen- wie außenpolitischen Konsenses hinsichtlich der Gefährlichkeit der Terrororganisation „Islamischer Staat“ ist es unverständlich, dass sich der substanzielle deutsche militärische Beitrag zu ihrer Bekämpfung lediglich in Tank- und Aufklärungsflugzeugen erschöpft. Dieser Beitrag hat – wie bei anderen Einsätzen auch – tendenziell eher symbolischen als faktischen Wert. Beim europäischen Werben für einen Anti-IS-Einsatz im Herbst 2015 versteckt sich Berlin regelrecht hinter Paris. Diese Aufgabe delegiert Angela Merkel schnell an den französischen Präsidenten François Hollande. Sie weiß, dass man mit Militäreinsätzen in schwieriges innenpolitisches Fahrwasser gerät – ein Armutszeugnis für eine Weltwirtschaftsmacht mit internationaler Verantwortung wie Deutschland.

Andererseits versucht die Bundeskanzlerin einen Befreiungsschlag: In einer Rede im November 2011 in Berlin wirbt sie dafür, befreundete Länder, die in unserem Sinne politisch agieren oder agieren wollen, für ihre eigene Sicherheit mit Waffen, Ausrüstungsgütern und Ausbildungshilfe ausstatten zu können, um selbst nicht militärisch weltweit aktiv werden zu müssen. Diese sogenannte Merkel-Doktrin wird heftig in den Medien, in Teilen der Regierung und des Parlaments angegriffen. Der Spiegel bildet Merkel auf der Titelseite in einem oliven Kampfanzug ab. Soll sie einfach durchziehen und eine

# „Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“ Angelas Merkel prägendster Satz. 31.08.2015.

Regierungskrise riskieren? Die beabsichtigte Revision deutscher Sicherheitspolitik aus dem Kanzleramt bleibt aus. Selbst Volker Rühe, der als durchsetzungstarker Verteidigungsminister sein Ressort im Griff hatte, scheitert daran, die sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse in Deutschland positiv zu verändern. Die nach ihm benannte Kommission nickt im Sommer 2015 den Status quo nicht nur ab, sondern ist sogar voll des Lobes für ihn.

Im neuen Weißbuch der Bundesregierung ist von dem originären und zentralen Auftrag von Streitkräften, dem Kampfeinsatz, nicht die Rede. Das eigentliche Wofür, Wie, Warum und Wozu von Streitkräften kann man bestenfalls zwischen den Zeilen einer an der politischen Korrektheit orientierten Sprache erraten.

## Verteidigerin der freien Welt?

Angeichts der eingeschränkten Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Sicherheitspolitik und angesichts einer nur bedingt einsatzfähigen Bundeswehr stellt sich die Frage: Kann die deutsche Bundeskanzlerin wirklich „die letzte Verteidigerin der freien Welt“ sein, wie die New York Times sie im November 2016 nennt? Selbst wenn sie es wollte, sie kann diese Rolle nicht übernehmen. Angela Merkel steckt wie jeder deutsche Regierungschef in der Zwickmühle der pazifistischen Leitkultur und einer strukturell sehr eingeschränkten Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Sicherheitspolitik. Im Ergebnis ihrer bislang zwölfjährigen Regierungszeit hat Merkel an diesem Zustand nichts geändert. Ohne erheblichen Druck äußerer Umstände sehe ich keine Bereitschaft zu einer Revision der deutschen Sicherheitspolitik.

Bleibt zu hoffen, dass Deutschland nicht von den neuen Herausforderungen unserer Sicherheit überrollt wird. ■

## Der Autor



Erich Vad ist Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr, Unternehmensberater und Dozent an Universitäten im In- und Ausland. Er war von 2006 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und Militärpolitischer Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

# „Das politische Agendasetting ist das eine, die sicherheitspolitische Lage das andere“

## Warum Sicherheitspolitik und Koalitionsverhandlungen viel mit politischer Bildung zu tun haben

Autorin: Prof. Dr. Ursula Münch

Bei Ministerien, eine Arbeitsgruppe (AG). Wer – zu Recht – moniert hatte, außen- und sicherheitspolitische Themen hätten im letzten Bundestagswahlkampf keine Rolle gespielt, fühlte sich durch die Organisation der eigentlichen Koalitionsgespräche von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bestätigt: Von insgesamt 22 Arbeitsgruppen befasste sich genau eine mit den Themen „Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Außenpolitik und Menschenrechte“. Wenigstens wurde nicht auch noch der Bereich „Europa“ in die AG integriert; der erhielt seine eigene. Auch das „Sondierungspapier“ der Ampelparteien vom Oktober 2021, das aber wohlbermerkt noch nichts mit einem Koalitionsvertrag zu tun hat, thematisiert die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen durch Autokratien wie Russland und China sehr zurückhaltend und spricht euphemistisch von einem „Systemwettbewerb“. Weder dieses Papier noch die öffentliche Debatte über Außen- und Sicherheitspolitik werden der aktuellen welt- und sicherheitspolitischen Lage gerecht. Natürlich! Es liegt in der Natur der Aufmerksamkeitsökonomie, dass sich diese Diskrepanz nur einer Teilöffentlichkeit erschließt. Daran haben weder das unrühmliche Ende des Afghanistaneinsatzes der westlichen Allianz noch die beeindruckende Evakuierungsaktion der Bundeswehr etwas geändert: Nach einigen Tagen des großen medialen und öffentlichen Interesses sowohl an den humanitären Folgen der Machtübernahme der Taliban als auch an einer Bilanz des Afghanistaneinsatzes gewannen schnell wieder andere Themen an Bedeutung.

Das öffentliche und politische „Agendasetting“ ist demnach das eine, die tatsächliche außen- und sicherheitspolitische Lage häufig das andere. In einer zunehmend durch die digitalen Plattformen und ihre Geschäftsmodelle geprägten Mediengesellschaft wird die Verzerrung zwischen dem scheinbar Interessanten und dem tatsächlich Wichtigen zusätzlich verschärft. Gleichzeitig gilt aber auch: Die dank der Fridays-for-Future-Bewegung dominierenden Themen globale Erderwärmung sowie klima- und sozialverträgliche Sicherung der Energieversorgung sind überlebenswichtig und vertragen tatsächlich keinen Aufschub.

Wir sind Zeitzeugen mehrerer großer Transformationen, von denen jede für sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft massiv unter Druck setzt. Die Globalisierung, weltweite Migrationsbewegungen, der Klimawandel, die digitale Transformation fast aller Lebensbereiche und natürlich auch die Pandemie sind die großen „Treiber“, durch die bekannte Probleme eine zusätzliche Dramatik erhalten. Sie konfrontieren uns – aber vor allem natürlich die Betroffenen in weniger begünstigten Regionen der Welt – zum Beispiel mit der Frage, welche Folgen es hat, wenn ohnehin so schwierig zu erreichende Ziele wie Verteilungs- und Chancengerechtigkeit unter den Druck der globalen Erderwärmung geraten. Hinzu kommt: Jede dieser großen Transformationen wirkt sich auch auf die globale außen- und sicherheitspolitische Lage aus – und zwar offenkundig zusätzlich negativ. Der dennoch geringe Stellenwert dieser Themen im zurückliegenden Wahlkampf ist auch deshalb bemerkenswert, weil in der Geschichte der Bundesrepublik mehrfach das Gegenteil zu beobachten war: Über die Westbindung, die Wiederbewaffnung, die Ostpolitik sowie die Nachrüstung wurde auch in den jeweiligen Wahlkämpfen erbittert gestritten. Zunächst hatte es den Anschein, als

Die Politikwissenschaftlerin und Autorin Prof. Dr. Ursula Münch ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See.

ob die friedliche Revolution der Jahre 1989/1990 und der Fall des Ostblocks die welt- und machtpolitische Konstellation dramatisch verändern würden. Das änderte sich bereits mit der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung: Der Kosovokrieg 1998/1999 inklusive der deutschen Beteiligung am NATO-Militäreinsatz, 9/11 sowie der anschließende Afghanistankrieg und schließlich der Streit um eine mögliche Beteiligung am Irakkrieg im Jahr 2002 trugen den Streit um eine der deutschen Geschichte und der bundesdeutschen Position in Europa und der Welt angemessene Außen- und Sicherheitspolitik für jeweils kurze Zeit hinein in deutsche Wohnzimmer und an die Stammtische.

Als Bürger\*innen einer freiheitlichen Demokratie beobachten wir die genannten großen Transformationen aber nicht nur, sondern wir nehmen auch Anteil daran, wie der Umgang mit ihnen politisch gestaltet wird, und zwar nicht nur durch unser Wahlverhalten, sondern auch dadurch, wie und worüber wir uns vor dem Hintergrund von Beruf, Herkunft und Werteorientierungen mit anderen austauschen und damit Teil der öffentlichen Debatte werden. Politische Bildung hat die Aufgabe, die Mitglieder eines Gemeinwesens zu einem möglichst rationalen Urteil über politische und soziale Fragestellungen zu befähigen und ihre Bereitschaft zu erhöhen, auch divergierende Interessen als jeweils legitim anzuerkennen.

Dass politische Bildung und Bundeswehr zusammengehören, ist jedem Angehörigen der Streitkräfte klar. Weniger bewusst dürfte vielen sein, dass dieser Zusammenhang natürlich wechselseitig besteht. Selbstverständlich müssen Soldat\*innen verinnerlichen, wodurch sich unsere liberal-demokratische Grundordnung von autokratischen Systemen unterscheidet. Sie müssen dafür eintreten, dass in einer freiheitlichen pluralistischen Demokratie unterschiedliche Interessen nicht nur zulässig, sondern auch erwünscht sind. Gleichzeitig gehören die Streitkräfte bzw. sicherheits- und außenpolitische Themen in die politische Bildung: Der Wunsch nach „Safe Spaces“ in der öffentlichen Debatte im Allgemeinen und der politischen Bildung im Besonderen, in denen sensible Zeitgenoss\*innen sich unbehelligt vom Unbill der Welt austauschen können, wäre Unfug und genau das Gegenteil von politischer Bildung: Diese verteidigt nicht nur die Kontroverse, sondern lebt sie auch.

Stoff für kontroverse Debatten gibt es offensichtlich genug: Nach einigen Jahren, in denen das sicherheitspolitische Desinteresse der Bundesdeutschen unbedenklich schien, wird der Westen inzwischen mit neuen Gegebenheiten konfrontiert.



Foto: Akademie Politische Bildung, Tutzing

Dennoch zeigt sich die bundesdeutsche Außenpolitik weder von der geopolitischen Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik noch von der Aggressivität der Volksrepublik China oder Russlands beeindruckt. Außen- und sicherheitspolitische Fragen werden vielmehr auch von der künftigen Bundesregierung weitgehend gegner- und sogar interessenfrei gedacht. Die Einschätzung, alle internationalen Konflikte ließen sich durch Verhandlungen lösen, ist zwar deutlich sympathischer als die Krisen- und Kriegsrhetorik von gezielt auf Verunsicherung setzenden Extremisten in der AfD, unter denen sich zudem bemerkenswert viele Russlandsympathisanten finden. Wirklich realistisch ist eine pazifistische Grundhaltung aber nicht. Das zeigt sich ja nicht zuletzt daran, dass die aktuell debattierte soziale Härte der steigenden Energiepreise natürlich auch eine außenpolitische Komponente besitzt: Russland scheint nicht nur fähig, sondern auch bereit zu sein, Gas als Erpressungsmittel gegenüber der Ukraine und Europa einzusetzen. Entgegen der landläufigen Einschätzung weist die Außen- und Sicherheitspolitik also auch einen Bezug zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger auf.

Trotz solcher Zusammenhänge tun sich Bündnis 90/Die Grünen, aber auch weite Teile der Sozialdemokratischen Partei in Fragen der Sicherheitspolitik erkennbar schwer: Die eigene >>



## **An der Unterfinanzierung der Streitkräfte kann politische Bildung auch nichts ändern**

Anhängerschaft verhält sich gegenüber allem Militärischen skeptisch und gibt einer defensiv angelegten Außenpolitik den Vorzug. An dieser Haltung wäre grundsätzlich nichts auszusetzen, wenn sie – so Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Dezember 2020 – nicht damit einherginge, dass „die Sicherheitspolitik mit ihrer Logik von Bündnissen und Abschreckung bis hin zur nuklearen Teilhabe prinzipiell infrage gestellt“ wird.

Die Gemengelage im Vorfeld der Regierungsbildung könnte also kaum schwieriger sein: Die Klimapolitik und die Energiewende müssen schon deshalb Vorrang genießen, weil noch mehr politische Verschleppung und individuelles Ausweichverhalten nie mehr zu beheben sein werden – von den sicherheitspolitischen Folgen ganz zu schweigen. All die weiteren umsetzungsintensiven und teuren Aufgaben sind bekannt. Diese Herausforderungen in Kombination mit einer gegenüber Militär und Verteidigungspolitik eher skeptisch eingestellten Öffentlichkeit dürfte in Anbetracht knapper Finanzen zu einer vorschnellen und auch sachlich falschen Prioritätensetzung bei anstehenden Kosten- und Nutzenkalkulationen führen. So ist es eine Verkürzung, die Debatte über den Zwei-Prozent-Wert auf den Streit über die Verbindlichkeit dieses Ziels für die bundesdeutsche Verteidigungspolitik zu reduzieren. Stimziger wäre es mit Wolfgang Ischinger zu fragen, wie viel Geld die Bundesrepublik Deutschland ausgeben muss, damit unsere eigene Sicherheit sowie die Sicherheit unserer NATO-Partner und die unserer (ost-)europäischen Nachbarn gewährleistet werden kann.

Allen Beobachtern und Kommentatoren sollte aber auch klar sein, dass die künftige Bundesregierung und der neu gewählte Deutsche Bundestag politische Mehrheiten für widerspruchsvolle Problemlösungen auf der Grundlage divergierender politischer Interessen finden und herstellen müssen. Selbst in unserem parlamentarischen Regierungssystem, in dem sich

die Regierung normalerweise auf ihre Mehrheit im Parlament verlassen kann, ist das eine kaum zu überschätzende Leistung. Die genannten Großen Transformationen in der geradezu vertrackten Kombination mit großer Zeit- und Finanznot, tiefer Uneinigkeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, einem immer noch von der Präsidentschaft Trump beeinträchtigten multilateralen System sowie dem sich rapide verändernden sicherheitspolitischen Umfeld sind – um mit Max Weber zu sprechen – extrem dicke Bretter.

Es irritiert nur auf den ersten Blick, dass manche Kräfte uns ausgerechnet in diesen politisch anspruchsvollen Zeiten glauben machen wollen, sie hätten die einfachen Lösungen zur Hand. Dahinter steckt natürlich die Hoffnung, man könne sich das Unbehagen an den Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft in Teilen der Bevölkerung für die eigenen politischen Machtgelüste zu eigen machen. Es reicht nicht aus, derlei extremistische Umtriebe besorgt zur Kenntnis zu nehmen. Zu den notwendigen Gegenmaßnahmen gehören auch Angebote der politischen Bildung, die nicht zwischen den Angehörigen der Streitkräfte und den normalen Bürger\*innen differenzieren, sondern die den Austausch von unterschiedlichen Sichtweisen auf Fakten, aber eben auch die Begründung für divergierende Interessen ermöglichen. Politische Bildung kann zwar weder die genannten großen Probleme lösen noch etwas daran ändern, dass die politische Entscheidung über die Priorität politischer Ziele und Aufgaben nie im Konsens gelöst werden kann. Sie vermag aber etwas Wichtiges zu leisten: Sie kann dahinterstehende Interessenlagen identifizieren und sichtbar machen, warum und wie die entsprechenden politischen Entscheidungen zustande kommen. Damit stellt sie Grundlagen und Rahmen für rationale öffentliche Debatten zur Verfügung und bietet denjenigen, die andere Gruppen in der Bevölkerung von der Dringlichkeit zum Beispiel sicherheitspolitischer Themen überzeugen wollen, ein Forum.

Politische Bildung hat auch nicht die Aufgabe, Politik besser darzustellen, als sie ist. An der Unterfinanzierung der Streitkräfte kann sie ebenso wenig etwas ändern wie an den bereits von der Weizsäcker-Kommission aufgezeigten „strukturellen Problemen“ der Bundeswehr. Etwas anderes kann sie aber sehr wohl leisten: Einblicke in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenlagen und in die Mühen der politischen Entscheidungsprozesse, aber auch Vergleiche mit den Lebensbedingungen in Autokratien, die widerstreitende Interessen nicht für das Lebenselixier einer freiheitlichen Demokratie halten, sondern für eine Bedrohung. Welche Schlussfolgerungen jede und jeder dann aus dieser Vermittlung und diesem Austausch zieht, bleibt grundsätzlich ihr oder ihm überlassen. Auch das ist kein Geschenk, sondern eine zu verteidigende Er rungenschaft. ■

Foto: Shutterstock



Schwerpunkt

# **VOR MIR DIE FLUT**

Bereits Außenstehenden fehlen angesichts der Flutkatastrophe im Ahrtal oft die Worte, schließlich geht die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) von 42.000 Betroffenen aus. Mindestens 17.000 von ihnen haben Hab und Gut verloren oder stehen vor erheblichen Schäden. Die Redaktion des AUFTRAG hat mit Betroffenen und Helfern gesprochen. Sie berichten auf den nächsten Seiten von ihren Erlebnissen. >>





Michael Wilke  
inmitten der Flut

## „Ein Wunsch wäre es, wenn wir Weihnachten zusammen als Familie im Wohnzimmer sitzen könnten“

Die Gegend um Bad Neuenahr-Ahrweiler ist ursprünglich bekannt für gute Weine, mittelalterliche Altstadtzentren und für ihr Kurangebot. Doch der 14. Juli 2021 traf insbesondere die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler durch die Hochwasserkatastrophe schwer und brachte ein unsägliches Ausmaß materiellen sowie persönlichen Schadens mit sich. Die GKS-Mitglieder Michael Wilke und Oberst Rüdiger Attermeyer erlebten diese Katastrophe hautnah und teilten mit der Redaktion von AUFTRAG ihre Erfahrungen.

Ein Text von Nora Bach-Sliwinski  
Fotos: Rüdiger Attermeyer

Michael Wilke, Stabshauptmann a. D., zuletzt eingesetzt im Bereich Logistik im KdoH am ehemaligen Dienstort in Koblenz, ist eigentlich ein lebensfroher rüstiger Mensch von 65 Jahren. Aber die Erfahrungen bei der Flutkatastrophe in Bad Neuenahr-Ahrweiler trafen ihn mitten ins Herz. Zu Beginn des Interviews wirkt er sehr gefasst in der Stimme: „Das können Sie sich gar nicht vorstellen, wie das da gelaufen ist.“ Sein Haus stand gerade einmal 100 Meter von den höchsten Flutwellen der Ahr entfernt. Dabei hatte er Glück im Unglück: Lediglich sekundäre Schäden hätten seiner Familie und ihm zu schaffen gemacht. „Wir hatten Glück gehabt. Dass es weder Strom noch Wasser gab, war erst einmal nicht so schlimm, da weiß ich mir dann schon zu helfen. Aber dieser mächtige Gestank! – Der machte uns dann schon sehr zu schaffen, auch die Unsicherheit, dass man niemanden erreichen konnte: Was ist mit meiner Familie, meinen Freunden, meinen Nachbarn? Das war schon sehr schlimm“, beschreibt Wilke die Situation vor Ort, „ich habe dann sofort den Hörer in die Hand genommen und versucht, Bekannte und Familie zu erreichen.“ Knapp 25 Kilometer nordwestlich von Bad Neuenahr-Ahrweiler liegt Rheinbach. Im Ortsteil Flerzheim wohnt der Ehrenbundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberst Rüdiger Attermeyer.

Die Situation dort am Abend des 14. Julis? Eine andere. Dort fließt üblicherweise der Swistbach als ein kleines Rinnsal: „Normalerweise spielen dort Kinder im Sommer. Dass dieser Bach derart über die Ufer treten konnte, hatten wir nicht erwartet“, so Attermeyer im Gespräch. Der Stabsoffizier, derzeit eingesetzt im BAAINBw als Referatsleiter in der Abteilung G, lebt seit vielen Jahren in Rheinbach. Sein Haus – keine 200 Meter vom Swistbach entfernt – wurde zwar nicht durch die reißenden Wassermassen zerstört, aber von einer ruhigen Nacht kann auch er nicht berichten: „Wir waren im Dunkeln noch kurz am Bach gewesen. Ich glaube, geregnet hatte es da schon nicht mehr. Wir sind dann gegen 23 Uhr ins Haus gegangen, um schlafen zu gehen. Doch dann klopfte unsere Nachbarin an unsere Tür und sagte: ‚Schaut, da kommt der Bach um die Ecke‘, und da begriffen wir, dass die Nacht zu Ende war.“ Warnungen gab es an diesem Abend keine, aber Attermeyer führt aus: „Die Nacht war entsprechend dunkel. Es gab keinen Strom mehr, also keine Straßenbeleuchtung oder sonstiges Licht, sondern nur noch Taschenlampen. Das Wasser in unserem Keller reichte bereits bis an die Decke. Irgendwann mussten wir dann aus dem Erdgeschoss ins erste Stockwerk ziehen, da dann dort das Wasser an die 30 Zentimeter hochstand. Wirklich geschlafen hat in dieser Nacht in unserem Ortsteil niemand.“ >>





**Blick aus Rüdiger Attermeyers Haus am Morgen des 15.07.21. Die Straße stand noch etwa einen halben Meter unter Wasser.**

Auch Wilke erlebte in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine unruhige Nacht. Erste Meldungen vom Starkregen erreichten ihn bereits am frühen Abend. Über Warnungen zu möglichen Überschwemmungen war aber zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede. Erst in der Nacht überspülten die Sturzfluten die Messgeräte – der Pegel in Altenahr lag gegen 20 Uhr bereits bei 5 Metern, Schätzungen gehen von zirka 7 Metern zum Zeitpunkt der Überspülung aus. Dann heulten die Sirenen. „Die Leute waren sich selbst überlassen. Alles war dunkel und ohne Strom. An den Engstellen der Ahr gab es wenige Möglichkeiten, dass sich das Wasser verteilen konnte. Am nächsten Morgen hatte ich noch trockene Füße, da unser Haus weit genug weg war. Aber es war schon ein schrecklicher Anblick: Alles stand unter Wasser. Lediglich die Kirchturmspitze sowie Häuser ab der ersten Etage ragten raus, da kamen einem schon die Tränen in die Augen“, berichtet der ehemalige Bundeswehrsoldat. Doch obwohl viele unverzüglich helfen wollten, war dies nicht sofort möglich. Alles stand unter Wasser: „Wir mussten bis zum Nachmittag warten, um zu den anderen Häusern zu gelangen. Viele Menschen flüchteten sich zuvor auf die Dächer oder oberen Etagen – teilweise mit ihren Kindern.“ Die Bilder waren verheerend. Alles, was vorher noch Idylle ausgestrahlt hatte, war nun zerstört. Wilke berichtete auch von Kindern, die in ihren Gärten Leichen oder –teile in den Bäumen fanden. Überall war alles verschlammmt, darunter auch Autos – in manchen wurden auch Verstorbene geborgen. Schnell ergriff der Offizier a. D. die Initiative: „Die alten Kampfstiefel sowie den

Klappspaten gegriffen und dann ging es los. Keller und Häuser von Wasser und Schlamm befreien, den ganzen verschlammten Hausrat auf die Straße tragen. Alle Mitglieder unseres GKS-Kreises waren betroffen bzw. wurden aktiviert, um mit Freunden und Bekannten bestmöglich zu helfen.“

Die Kameraden mussten aber nicht allein vor Ort koordinieren, kurz darauf kam eine wahnsinnige Hilfswelle von Bauern aus den Nachbarorten und später aus ganz Deutschland mit ihren Gerätschaften, um die verschlammten Straßen freizubekommen. „Jeder fragte, hast du etwas zu essen? Hast du später einen Platz zum Ruhen? Brauchst du etwas Neues zum Anziehen?“, führt Wilke weiter aus. Ähnliche Erfahrungen machte auch Attermeyer in Rheinbach: „Alles, was du an Hilfe entwickeln kannst, geht nur in unmittelbarem Radius. Wenn du keinen Strom mehr hast, der Akku Deines Handys nicht mehr aufladbar ist, dann helfen sich alle gegenseitig. Da gab es dann Menschen aus den Nachbardörfern, die mit geschmierten Broten durch die Straßen fuhren. Oder ein gelernter Koch aus unserem Ort machte auf einmal für uns alle Essen. So sammelten wir uns dann alle in der Nähe der Kirche und versorgten uns dort mit warmen Speisen.“ Obgleich die Hilfen teilweise sehr unkoordiniert und improvisiert waren, waren es aber genau diese Momente, die den Menschen vor Ort Stärke schenkten. Erst im Nachhinein wurde den Betroffenen der Ernst der Lage richtig bewusst: „Da hattest du im ersten Moment einfach funktioniert, der Kopf schaltet aus, die kreisenden Gedanken werden nicht zugelassen. Du weißt, du musst etwas



**Der Kellerraum, der bis zur Decke unter Wasser stand**



**Blick in die Gärten am Morgen des 15.07.21**

unternehmen!“, so Wilke im persönlichen Gespräch. „Aber dann kommt das soziale Elend. Du wachst dann plötzlich mitten in der Nacht schweißgebadet auf und hast ein Kino mit vielen Kellern voll Matsch und Müll vor Augen. Das war nicht schön.“ Die Kirche ergriff diesbezüglich unverzüglich Maßnahmen. Der Militärseelsorger Michael Kühn beispielsweise reiste aus Koblenz nach Bad Neuenahr-Ahrweiler und improvisierte mehrere Feldgottesdienste, betreute die Menschen vor Ort und gab unterschiedliche geistliche Impulse. Symbolische Zeichen helfen dabei, die Bilder vor Ort zu verarbeiten. Eines dieser Bilder war die Kreuzigungsszene auf der Brücke Rech. Sie blieb neben all den Trümmern erhalten. Der Dekan äußerte sich in einem Interview mit Radio „horeb“ hierzu: „Der Herr blickt mit offenen Armen auf die Menschen ‘runter und versucht sie zu umarmen und da zu stützen und dazu braucht’s keiner Worte, dazu braucht’s ‘nen Blick, dazu braucht’s ‘ne Geste. Das sagt manchmal vielmehr als irgendwelche Worte.“ Auch der mittlerweile erstellte YouTube-Kanal der katholischen Kirche in Bad Neuenahr-Ahrweiler unterstützt mit sieben Freiwilligen derzeit regelmäßig in seinem Sonntagswort die Hilfesuchenden und Verzweifelten und findet viel Zuspruch in diesen Tagen. „Da wird noch einiges zu überlegen sein, mit sich selbst, mit dem lieben Gott – aber wir kriegen das hin“, konstatiert Attermeyer.

Der erste Schrecken ist vorerst bewältigt, dennoch sind die Ausmaße der Aufbereitungsmaßnahmen noch nicht für jeden eindeutig geklärt. Nach Auswertungen des SWR seien fast 200 Hektar Fläche entlang der Ahr überflutet worden, Hunderte Gebäude seien dabei durch die Wassermassen weggerissen worden, Tausende beschädigt. Über 760 Menschen wurden verletzt und sind stark traumatisiert. Dennoch sinkt in den Medien das Interesse bezüglich der aktuellen Situation im Ahrtal immer weiter. Viele seien bereits der Meinung, das Ahrtal sei wiederaufgebaut. Doch die Wirklichkeit ist eine andere: Die Aufräum-, Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten sind noch längst nicht abgeschlossen. „Irgendwo ist der materielle Schaden aber dennoch überschaubar“, so Attermeyer, „aber das Gefühl, das bleibt, ist merkwürdig. Da dringt eine fremde Gewalt, eine Naturgewalt, in dein Intimstes und wirft dich aus deinem Gleichgewicht. Das macht vieles kaputt. Aber irgendwie dürfen wir doch auch sehr dankbar sein. Im Nachbarort ist jemand in seinem eigenen Keller ertrunken. Das hätte auch uns treffen können.“ Viele Ortsansässige verloren Familienmitglieder oder Freunde, stehen zusätzlich nun vor dem finanziellen Ruin. Für viele stehen nun noch weitere Aufräumaktionen sowie Diskussionen mit Versicherungen an, aber auch der Aufbau vieler Häuser ist noch nicht fertiggestellt. Beim Wiederaufbau müssen zusätzlich neue strengere Hochwasser-Auflagen mitbeachtet werden. Konkrete Informationen liegen dabei noch nicht jedem vor.

Die Menschen vor Ort geben sich nicht geschlagen, sie ziehen gemeinschaftlich Kraft und Motivation, ihre Heimat wiederaufzubauen. „Es tut gut zu wissen, dass man nicht allein ist. Jeder wird daran noch lange zu nagen haben, aber am Ende steht der Versuch, gemeinsam neu anzufangen“, so Wilke. Auch Attermeyer sieht positiv in die Zukunft: „Ein Wunsch wäre es, wenn wir Weihnachten zusammen als Familie im Wohnzimmer sitzen könnten. Wenn der große Tisch in der Mitte des Erdgeschosses steht und jeder dort sitzen könnte, das wäre was.“ ■



# „Wir kamen als Fremde und gingen als Freunde“

## Militärseelsorge im Fluthilfeinsatz im Ahrtal

Ein Text von Michael Kühn

Aufgrund der Hektik und der Aufregung in den Kasernen in Koblenz, Rennerod und Umgebung und der ersten Rückmeldungen der ausgerückten Kräfte wurde auch uns Militärseelsorgern in Koblenz bewusst, dass sich in unserer Umgebung, insbesondere im Ahrtal, eine Katastrophe abspielte, die niemand für möglich gehalten hätte. Die ersten Verletzten aus dem Ahrtal kamen ins Bundeswehrzentral-krankenhaus, um dort betreut und aufgefangen zu werden. Im Laufe des Tages verdichtete sich die Nachrichtenlage. Die ersten medialen Bilder waren kaum zu ertragen. Die Hilfe kam – und unsere Soldat\*innen mittendrin.



Nachdem wir ein Lagezentrum Militärseelsorge beim Katholischen Militärpfarramt Koblenz III eingerichtet hatten, um die Anfragen um Unterstützung und Hilfestellung zu koordinieren, begann auch für mich der Einsatz.

Mir kam die Aufgabe zu, die Kräfte der Bundeswehr, die am Nürburgring stationiert wurden, zu kontaktieren und ihnen die Betreuung und Begleitung durch die Militärseelsorge anzubieten. Der glückliche Umstand war, dass die Sanitätskräfte meiner Standorte Koblenz und Rennerod ebenfalls dort untergebracht wurden. Unkompliziert und herzlich war die Kontaktaufnahme mit den Soldat\*innen, die aus der gesamten Republik kamen.

Beim Vorbeischauen im Lagezentrum der Notfallseelsorge am Nürburgring konnte ich feststellen, dass eine große Zahl von Notfallseelsorge-, Kriseninterventions- und PSNV-Teams (Psychosoziale Notfallversorgung) im Einsatzraum unterwegs war, um der direkt betroffenen Bevölkerung Hilfe und Gespräche anzubieten. Deshalb war für mich eines ganz sicher: Ich würde mich in erster Linie um die Soldat\*innen kümmern.

Die ersten abendlichen Gespräche mit den aus dem Einsatzraum zurückgekehrten Kräften waren beeindruckend. Mit einer ungewöhnlichen Offenheit berichteten sie von ihren Erlebnissen. Nicht selten fielen die Aussagen: „Die Zerstörung ist schlimmer als im Krieg“, „So etwas habe ich noch nicht gesehen“ oder „Ganz anders als Afghanistan!“. Das prägte auch die folgenden Tage: Erzählungen von Begegnungen mit den Betroffenen und ihren bewegenden Schilderungen der Ereignisse, Wiedergabe der eigenen Empfindungen und Bilder.

Am nächsten Morgen, inzwischen waren vier Tage seit der Katastrophe vergangen, konnte ich mir selbst ein Bild vom Ausmaß der Zerstörung machen. Es war nicht mit Worten zu beschreiben. Auch bei mir nur unglaubliche Sprachlosigkeit über die Szenerie, die sich mir bot. Eine unwirkliche Wirklichkeit. Egal, wohin ich ging.

Inmitten dieser Wirklichkeit die Soldat\*innen am Aufräumen, teils mit schweren Geräten ausgestattet, am Anpacken, am Unterstützen, am Helfen, am Erkunden, am Versorgen. Sie bemühten sich, Infrastrukturen aufzubauen.

*Ich bin da im Leid mit euch und ich bleibe. Kreuzigungsgruppe an der zerstörten Brücke in Rech*

In den ersten Tagen lief vieles noch chaotisch ab, sodass teilweise Eigeninitiative von den Soldat\*innen gefragt war. So übernahmen sie Straßenzüge, um sie von Schlamm und Schutt zu befreien, um Häuser zu durchsuchen oder Betroffenen zur Hand zu gehen.

Egal, wo ich in diesen Tagen war, die Betroffenen suchten ebenso das Gespräch, die Begegnung, einen Moment, um das loszuwerden, was ihnen auf dem Herzen und der Seele brannte. Ich habe wenig gesagt. Zugehört und versucht, ein aufmunterndes Lächeln, eine Geste der Unterstützung und des Mutes zu schenken. Alles andere erschien unangebracht.

Natürlich waren nicht alle Aufträge für unsere Soldat\*innen angenehm. In den ersten Tagen gehörten neben Retten und Evakuieren auch das Bergen und Transportieren der Toten dazu. Einmal habe ich einen Bergetrupp begleitet. Hochachtung vor der Art und Weise, dem menschlich würdevollen Umgang mit dem Toten. Wir haben gemeinsam gebetet und geredet. Ich habe gesagt: „Ihr habt diesem Menschen die Chance auf seinen Namen, seine Würde und seine Familie wiedergeben.“

Mit dem Voranschreiten der Tage habe ich meine eigene Einsatzroutine entwickelt. Tagsüber war ich in den Orten unterwegs, in denen die Soldat\*innen aus meinen Standorten eingesetzt waren. In den ruhigeren Momenten kamen die Zufriedenheit und der Stolz zum Ausdruck, den Menschen Kraft anbieten zu können. Oft kamen Menschen vorbei, die sich für die Hilfe, Unterstützung und den Einsatz der Bundeswehr bedankten, Freude und Dankbarkeit zeigten. In diesen Orten spürte ich, dass die Einsatzkräfte der Bundeswehr nicht länger als Fremde gesehen wurden. Vertrautheit und Wertschätzung wuchsen. Das Miteinander machte aus Fremden Freunde.

Abends auf dem Nürburgring habe ich stets meine Runden gedreht und das Gespräch gesucht. Mir Erlebnisse erzählen lassen. Nachgefragt und Menschen die Chance gegeben, das Erlebte, das eigene Handeln, die Erfahrungen und Anstrengungen in Worte zu fassen und schließlich zu verarbeiten. Viel Neues habe ich von den Soldat\*innen gelernt. Ein kleiner Gegenstand wurde zum Renner, ein sogenannter Hand-



schmeichler aus Holz, von den Soldat\*innen als „Stressstein“ bezeichnet. Etwas zum In-die-Hand-nehmen, zum Festhalten. Nicht wenige Soldat\*innen haben das Fazit gezogen, dass dieses der sinnvollste Einsatz ihrer Bundeswehrzeit sei. Mich hat das fantastische, menschliche und professionelle Auftreten unserer Soldat\*innen in vielerlei Hinsicht tief beeindruckt. Ein Bild aus diesen Fluttagen lässt mich nicht los, die stehen gebliebene Kreuzigungsgruppe an der zerstörten Straße und Brücke in Rech, vor der sich die Trümmer aufhäuften. Der Gekreuzigte schaut herab, die Arme weit ausgebreitet, stumm. Der Blick sagt: *Ich bin da im Leid mit euch und ich bleibe.*

Als Christen, als gläubige Menschen, als christliche Soldat\*innen sollte das stets unsere Haltung sein: Für Menschen, die uns brauchen, da zu sein, ihnen begegnen, helfen und unterstützen, wo wir es können. ■

### Der Autor



Dekan Michael Kühn, ehemaliger Olympiapfarrer, wirkt als Militärseelsorger in Koblenz.



# Sich gegen COVID-19 impfen lassen – eine Christenpflicht?!

Ein Text von Andreas Lob-Hüdepohl

**A**uf den ersten Blick mag die Frage und noch mehr das angefügte Ausrufezeichen Stirnrunzeln hervorrufen: Kann eine Impfung gegen COVID-19 jemals eine Christenpflicht, also eine Frage des Glaubens, sein? Steht davon irgendetwas in der Bibel? Reicht dafür ein diesbezüglich wortgewaltiger Appell von Papst Franziskus aus?

Natürlich nicht. Fragen der Moral, vor allem in solch spezifischen Dingen, sind immer und grundsätzlich unserem eigenen Gewissen unterworfen. Das will mit guten Gründen überzeugt sein, wenn es zu einer Selbstverpflichtung führen soll, dass wir uns etwa gegen COVID-19 impfen lassen. Und das behaupte ich: Sich in der derzeitigen Lage Deutschlands und weltweit gegen COVID-19 impfen, ist aus moralischen Gründen geboten – natürlich nur, wenn dem aus medizinischen Gründen nichts entgegensteht und für die bestimmte Personengruppe auch ein zugelassener Impfstoff zur Verfügung steht. Und diese moralischen Gründe nehmen eine zentrale Intuition der christlichen Moral auf: die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe, die der gebotenen Eigenliebe nicht nachstehen soll. Wobei diese Liebe weniger mit romantischen Gefühlen der emotionalen Zuneigung zu tun hat, sondern schlicht in der Achtung und Förderung von menschenwürdigen Lebensbedingungen seine Erfüllung findet – für mich ebenso wie für alle anderen.

Impfen gegen COVID-19 verfolgt bekanntlich zwei Hauptziele: die Immunisierung der eigenen Person, um mindestens schwere oder gar tödliche Krankheitsverläufe zu verhindern

(Selbstschutz), und die Verhinderung von Ansteckungen weiterer Personen (Transmission), die damit ebenfalls mindestens vor schweren und tödlichen Verläufen geschützt werden (Fremdschutz). Beides kann durch die in Deutschland und Europa zugelassenen Impfstoffe in hohem Maße gewährleistet werden. Das ist übrigens nicht selbstverständlich. Die seit Langem verfügbaren Influenza-Impfstoffe können zwar das Risiko der eigenen Erkrankung deutlich verringern; die Übertragung auf andere aber verhindern sie kaum. Von daher ist es tatsächlich ein Gebot der Eigen- und Nächstenliebe, den grundsätzlich hohen Schutz, den die Impfung für mich selbst wie für andere bietet, in Anspruch zu nehmen – auch wenn dieser Schutz nur hoch und nicht absolut ist, also Erkrankungen und Ansteckungen (Transmissionen) nicht zu Hundert Prozent ausschließt. Und wir sollten zutiefst dankbar sein, dass uns in so kurzer Zeit kostenlos ein solcher Impfschutz angeboten wird, während Milliarden anderer Menschen, insbesondere in den Ländern des globalen Südens, ohne Impfangebot der Pandemie mit all ihren verheerenden Auswirkungen auf Leib und Leben ausgesetzt sind. (Nur mit diesem einen Satz sei hier auf die weltweiten Impfungerechtigkeiten hingewiesen, die zu beheben zweifelsohne auch eine Christenpflicht darstellt.) Natürlich können auch Gründe gegen das Impfen vorgetragen werden, die besonders um folgende Fragen kreisen: Sind die verfügbaren Impfstoffe wirklich sicher oder bergen sie hohe Risiken für Schäden und unerwünschte Nebenwirkungen? Sind sie auch ausreichend wirksam? Sind sie geeignet, die negativen Wirkungen der Pandemie einzudämmen? Sind sie erforderlich oder gibt es andere Schutzinstrumente? Solche denkbaren Gegengründe müssen ebenso auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden. Nach einem Jahr Impfkampagnen, in denen nach den erfolgten Zulassungsverfahren weltweit über sechs Milliarden Dosen verimpft wurden, liegen >>

## 114,1 Millionen verabreichte Impfdosen deutschlandweit

Stand: 18.11.2021

Foto: Shutterstock

hinreichend verlässliche Daten vor. Was die Frage der Wirksamkeit anlangt, mindestens schwere oder gar tödliche Verläufe sowie Transmissionen zu vermeiden (nicht: gänzlich auszuschließen!), sind die bei uns zugelassenen Impfstoffe über jeden Zweifel erhaben. Damit sind sie hoch geeignet, die Ausbreitung der Pandemie in einer Weise zu stoppen. In vielen Lebensbereichen können wir deshalb auf schwere Einschränkungen wieder verzichten. Die noch erforderlichen AHA-Regeln sind zweifelsohne lästig, im Unterschied zu Lockdown-Maßnahmen aber doch verkraftbar. Impfungen sind nach wie vor auch in hohem Maße erforderlich; andere wirksame Instrumente stehen (noch) nicht zur Verfügung, auch wenn aktuell die ersten Medikamente vor der Zulassung stehen, die erstmals jenseits intensivmedizinischer Symptomkontrolle effektive Therapieoptionen eröffnen.

Bleibt die Frage der Sicherheit: Können unerwünschte Folgeschäden hinreichend ausgeschlossen werden? Die Antwort auf diese Frage muss immer die unterschiedlichen (Typen von) Impfstoffe(n) sowie die unterschiedlichen Personengruppen nach Alter, Geschlecht, Vorerkrankungen usw. in den Blick nehmen. Außen vor bleiben können solche vorübergehenden Effekte, die sich wie Müdigkeit, empfindliche Injektionsstelle usw. bei vielen Impfungen einstellen. Sie sind alles andere als komfortabel, aber letztlich harmlos. Andere Nebenwirkungen wie Thrombosen bei (jüngeren) Frauen, Herzmuskelentzündungen bei (jüngeren) Männern usw. sind höchst selten und grundsätzlich gut beherrschbar. Verglichen mit den Nebenwirkungen von gewöhnlichen Arzneimitteln – man lese nur den Beipackzettel von Aspirin – sind die Risiken von Schäden extrem niedrig. Solche kurzfristigen Nebenwirkungen müssen zwar erst über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Angesichts von sechs Milliarden Impfungen, die innerhalb eines Jahres verabreicht wurden, können sie mittlerweile aber ausgeschlossen werden. Nebenfolgen, die sich erst nach längerer Zeit einstellen, sind bei Impfungen unbekannt und deshalb auch bei Impfungen gegen COVID-19 nicht zu erwarten. Die Gegengründe vermögen also nicht wirklich zu überzeugen. Gleichwohl – auch das ist ein wichtiger Grundsatz christlicher Moral – ist eine gewissenhafte Entscheidung gegen eine Impfung zu respektieren. Sie ist Ausfluss des Freiheitsrechts jeder Person, sich in der Abwägung von Vor- und Nachteilen selbst zu bestimmen. So gesehen hat eine Mehrheitsgesellschaft zunächst kein Recht, etwa über staatliche Instrumente, eine Meinungsänderung zu erzwingen oder das Selbstbestimmungsrecht durch Zwangsmaßnahmen wie eine staatlich verordnete und sanktionsbewehrte Impfung zu übergehen. Das Selbstbestimmungsrecht jeder einzelnen Person endet aber dort, wo meine Entscheidung die Freiheit anderer und insbesondere ihr Leib und Leben unzumutbar gefährdet. Und das ist bei (freiwillig) Ungeimpften zunehmend der Fall. Zwar mögen sie zurecht darauf verweisen, dass es ihrer ureigensten Entscheidung vorbehalten bleiben muss, sich dem Risiko einer schweren oder gar tödlichen Erkrankung auszusetzen.

Und tatsächlich gibt es so etwas wie ein Recht auf Selbstschädigung, von dem wir alle mal mehr, mal weniger intensiv Gebrauch machen: Wir rauchen, wir trinken (gelegentlich zu viel) Alkohol, wir verbrauchen uns in der Geschäftigkeit eines atemlosen Berufsalltags usw.

Aber, und hier liegt der entscheidende Unterschied: Abgesehen davon, dass freiwillig Ungeimpfte ungleich stärker auch Geimpfte anstecken und Impfdurchbrüche initiieren können; sie erkranken auch ungleich häufiger so schwer an COVID-19, dass sie zunehmend die intensivmedizinische Versorgungskapazität belegen, nein: okkupieren. Ja, okkupieren ist das richtige Wort für die Bezeichnung jenes Sachverhaltes, den wir in den zurückliegenden Monaten der Pandemie schmerzlich beobachten mussten: Um die intensivmedizinische Versorgung vor einem Kollaps zu bewahren, wurde ein Großteil für schwere COVID-19-Verläufe vorsorglich freigehalten. Es kam faktisch zu dramatischen Unterversorgungen anderer schwerer Erkrankungen. Jetzt zeigt sich, dass viele Schlaganfälle, Herz-Kreislauf- oder Tumorerkrankungen zu spät oder gar nicht behandelt wurden – mit oftmals tödlichem Ausgang. Deshalb schädigen freiwillig Ungeimpfte potenziell andere schwer erkrankte Personen. Denn zurecht verzichten sie nicht auf eine Behandlung im Krankenhaus. Und zurecht werden sie im Falle größerer Belastungen des Gesundheitssystems nicht abgewiesen – wenigstens in Deutschland nicht, obwohl Nachbarländer längst diese Option in Betracht ziehen. Denn auch ein unsolidarisches oder besonders riskantes Verhalten wirkt nie das Grundrecht auf gesundheitliche (Notfall-)Versorgung. Schon aus diesem Grunde sollte offenkundig sein: Sich Impfen lassen gegen COVID-19 ist (auch) eine Christenpflicht! ■

#### Der Autor



Foto: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Andreas Lob-Hüdepohl ist Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und unter anderem seit 2016 Mitglied des Deutschen Ethikrates.

Foto: Shutterstock

## IMPF AUFRUF

# Schnell und unkompliziert zum Impftermin!

Telefonisch, per Mail, online oder ganz ohne Anmeldung – wo und wie Sie die Corona-Schutzimpfung erhalten können, unterscheidet sich je nach Bundesland und Region. Hier finden Sie alle wichtigen Links, Telefonnummern sowie dauerhafte und spontane Impfangebote nach Bundesland sortiert.

<https://www.zusammengegencorona.de>





**Emotionen in den Internationalen Beziehungen**  
Die Suche nach den Grundlagen des Universums

Emotionen sind in der internationalen Politik allgegenwärtig, etwa das Mitgefühl mit dem Leid anderer oder auch die Furcht vor Krieg und Armut. Dennoch galt lange Zeit der Verstand und nicht Gefühle als höchste Errungenschaft des Menschen. Doch die jüngsten bahnbrechenden Erkenntnisse der Neurowissenschaften stellen dieses Diktum infrage: Emotionen und Rationalität, Gefühl und Verstand stellen keinen Widerspruch dar, sondern bedingen einander. Dies führt zu grundsätzlichen Fragen, denen sich die Disziplin der Internationalen Beziehungen stellen sollte: Was können Emotionen zu zentralen Fragestellungen und Analysen internationaler Politik beitragen? Gibt es eine Theorie der Emotion und ist dies überhaupt wünschenswert? Wie lassen sich Emotionen methodisch-empirisch erfassen?

Das Werk ist Teil der Reihe Emotionen in Politik und Gesellschaft (Band 1)

**Herausgegeben** von PD Dr. Simon Koschut  
231 Seiten  
Nomos Verlag  
48,00 €



**Trost – Vier Übungen**  
Buch

Der heute nur wenigen bekannte Franz Xaver Kappus regte Rilke durch seine Briefe zu einer Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Dichtens an, die bis heute inspiriert. Die Tonaufnahme von David Foster Wallaces Rede „This Is Water“ und ein Hörspiel zu Walt Disneys Aristocats zeugen von einem Lesen, das Hören ist. Eileen Myles findet als Kind ein Rollenmodell in der Lektüre eines Johanna-von-Orléans-Comics und Adorno gönnt sich neben Kritik auch mal Eiscreme. In dieser Engführung von Kritik und Enthusiasmus, Kanon und Pop, Alltag und Ästhetik, Persönlichem und Theoretischem offenbart sich mit jedem weiteren Kapitel genau das, was der Titel verspricht: vier Übungen, die klug, voller Witz und doch mit Ernsthaftigkeit Text und Nebentext feiern und sich zu einer leisen, aber unbedingten Leseempfehlung für schwierige und nicht ganz so schwierige Zeiten fügen.

**Autorin:** Hanna Engelmeier  
220 Seiten  
Matthes & Seitz Berlin  
13,99 €



**Das Dämmern der Welt**  
Ein Mensch im Dschungel der Jahrzehnte, ein Abenteuer – endlich wieder ein Buch des großen Filmemachers Werner Herzog

Onoda Hirō ist jung, als Japan vor den USA kapituliert und der Zweite Weltkrieg endet, ohne dass er davon erfährt. Er ist alt, als endlich auch sein Krieg ein Ende findet. Noch Jahrzehnte hat der Soldat weiter eine bedeutungslose Insel im Pazifik verteidigt. Wie ein Gespenst versteckt sich Onoda im Urwald, kämpft mit der erbarmungslosen Natur ebenso wie mit seinen eigenen Dämonen. Der große Autor und Filmemacher Werner Herzog hat den Mann mit dieser besonderen Vergangenheit selbst in Japan getroffen. Sein erstes Buch nach vielen Jahren ist ein glühender, bewegender Bildertanz vom Sinn und Unsinn unserer Existenz.

**Autor:** Werner Herzog  
128 Seiten  
Hanser Taschenbuch  
19,00 €



Foto: ARTE France / Jean-Claude Lother

**Die Frau aus Brest**  
Arte-Mediathek

„Die Frau aus Brest“ ist eine klassische David-gegen-Goliath-Geschichte, denn im Zentrum des Dramas steht ein Individuum gegen die große Pharmaindustrie. Irene Frachon, eine Ärztin am Krankenhaus in Brest, glaubt, dass der Herzklappenfehler, den schon mehrere übergewichtige Patienten hatten, mit dem Diabetes- und Diät-Medikament Mediator zusammenhängen könnte. Sie beginnt mit ihrem Kollegen, danach zu forschen. Doch schon bald erfährt sie kräftigen Gegenwind – nicht nur vom großen Pharmakonzern, sondern auch von den Behörden. Aber Irene Frachon ist eine Kämpferin. „Die Frau aus Brest“ beruht auf wahren Begebenheiten und orientierte sich an der Vorlage des Buches, das die echte Irene Frachon geschrieben hatte.

**Wo?:** Arte-Mediathek

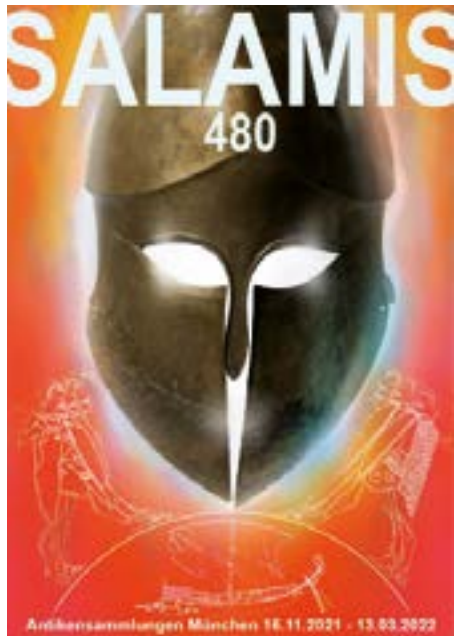


Foto: Staatliche Antikensammlung

**Münchner Schau zur berühmten Schlacht von Salamis**  
Ausstellung

München (KNA) Die epochale Seeschlacht von Salamis zwischen Persern und Griechen steht im Zentrum einer neuen Ausstellung in der Münchner Antikensammlung. Unter dem Titel „Salamis 480“ geht es vom 16. November 2021 bis 13. März 2022 um ihre Vorgeschichte und ihre Folgen, wie es in der Ankündigung heißt. Dabei sollen die historischen, kulturhistorischen und kunstgeschichtlichen Dimensionen aufgezeigt werden. Dazu dienten hochkarätige archäologische Exponate aus bedeutenden Museen der Welt und dreidimensionale Modelle. Im September 2021 jährte sich die Seeschlacht von Salamis zum 2.500. Mal. Sie gehört zu den Wendepunkten der europäischen Geschichte. Mit ihr endete 480 vor Christus nicht nur das persische Expansionsbestreben auf dem europäischen Festland. Mit dem Sieg der Griechen sei auch die goldene Epoche der griechischen Antike eingeleitet worden.

Die rasante Entwicklung, die Athen und andere griechische Städte auf kulturellem und politischem Gebiet in den Jahrzehnten nach Salamis durchliefen, hätten bei einer Niederlage gegen den persischen Gegner wohl kaum in vergleichbarer Weise vonstatten gehen können, heißt es. Das gelte auch für die bildende Kunst. Der umfassende Wiederaufbau Athens und anderer Städte und Heiligtümer, die durch die Perser zerstört worden waren, sorgte in den folgenden Jahrzehnten für einen beispiellosen Aufschwung von Architektur und Kunst in Griechenland. Der griechische Sieg sei kein Zufall gewesen, so die Ausstellungsmacher. Vielmehr habe er die nahezu logische Konsequenz des von Themistokles und seinen Parteigängern verfolgten und gegen alle Widerstände durchgesetzten Flottenprogramms gebildet.

**Wann?** 16. November 2021 bis 13. März 2022  
**Wo?** Staatliche Antikensammlung, München

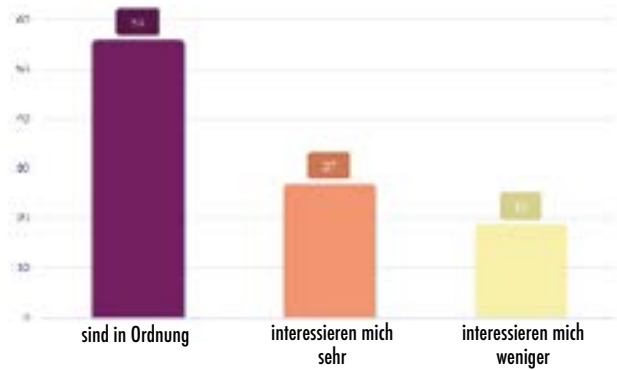
# Wie gefällt Ihnen der AUFTRAG? So haben Sie geantwortet!\*

Die neue Gestaltung des AUFTRAG gefällt mir:



29 Prozent haben fünf von sechs möglichen Sterne geben.  
24 Prozent haben sechs von sechs Sterne gegeben.

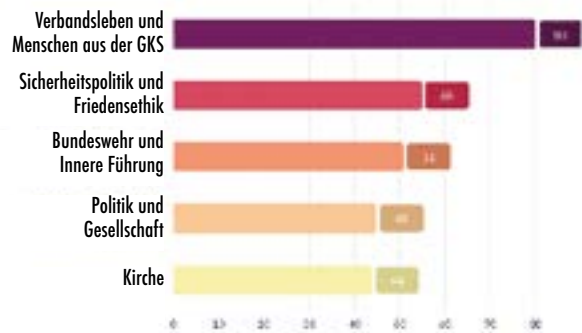
Die Inhalte des AUFTRAG gefallen mir:



56 Prozent haben gesagt, die Inhalte „sind in Ordnung“.  
27 Prozent haben angegeben, dass sie die Inhalte sehr interessieren, hingegen 19 Prozent sagten, dass sie die Inhalte „weniger interessieren“ würden.

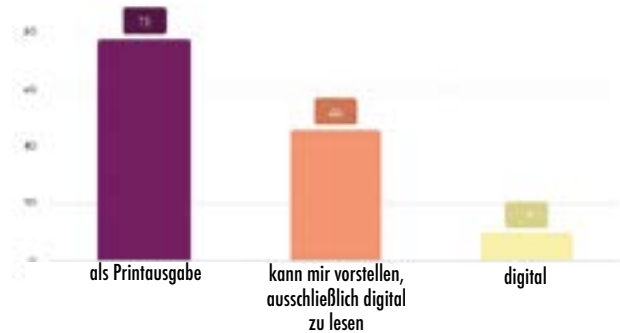
\* 107 Antworten wurden berücksichtigt

Insbesondere diese Themen interessieren mich:



80 Prozent gaben an, dass sie mehr über Themen zum Verbandsleben der GKS und zu den Menschen aus der GKS lesen wollen. 50 Prozent finden den Themenbereich „Sicherheitspolitik und Friedensethik“ interessant.

Ich lese den AUFTRAG als:



78 Prozent lesen den AUFTRAG als Printausgabe.  
46 Prozent könnten sich vorstellen, den AUFTRAG ausschließlich digital zu lesen.

## VORSCHAU auf den ersten AUFTRAG 2022, der im März/April 2022 erscheint

**100 Tage neue Regierung und ein Koalitionsvertrag**  
Was ist im Bereich Sicherheitspolitik, Außenpolitik und konkret für die Bundeswehr zu erwarten?

**Strategische Herausforderungen 2022**  
XXXX

**Der Synodale Weg**  
Eine Zwischenbilanz

**GKS-Meldung**  
Bundeskongress in Wittenberg

Themenvorschläge  
nimmt die Redaktion bis zum  
31. Dezember 2021 entgegen.

### IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:  
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:  
Verantwortliche Redakteurin:  
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:  
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:  
Redaktion AUFTRAG  
Am Weidendamm 2  
10117 Berlin  
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:  
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln  
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC: GENODE1PAX

LAYOUT:  
Editorial Publishing Berlin e. K.  
Eberhard-Roters-Platz 14  
10965 Berlin

DRUCK:  
Umweltdruck Berlin GmbH  
Sportfliegerstraße 5  
12487 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:  
10. November 2021